Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint jeden Werktag nachmittags. Bezugspreis frei Haus monatlich 30,— Mk. Durch die Post monatl. 30,— Mk. ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Merseburgerstr. 14, Fernruf 1047 u. 2251. Geöffnet 7—5 Uhr. Schriftleitung: Fernruf 1045. Sprechzeit 12—1 u. 4—5 Uhr

Der Anzeigenpreis beträgt 300 Pf. für den Millimeter Höhe und Spalte; 700 Pf. für Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textteilteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten, größere tags vorher. — Postscheckkonto: Leipzig 1068 48, Fritz Kroh, Halle

Einzelpreis 2 Mark | **Montag, den 3. Juli 1922** | **2. Jahrgang. Nr. 152**

Hungerrevolten im Senftenberger Revier

Senftenberg, 1. Juli. Nachdem es hier schon am 29. vorigen Monats zu Plünderungen gekommen war, denen eine Anzahl Läden und Kaufhäuser der Bekleidungs-, Schuh- und Lebensmittelbranche zum Opfer fielen, wurde in der letzten Nacht das Kaufhaus der Wohlfahrtsgesellschaft der Grube „Ilse" vollkommen ausgeraubt. Was nicht mitgeschleppt werden konnte, wurde vernichtet. (?) Der Landrat des Kreises Kalau Freter und Regierungspräsident Bartels aus Frankfurt waren unausgesetzt seit 6 Uhr morgens bemüht, die Leute zur Vernunft zu bringen, doch umsonst; vor ihren Augen wurden die Plünderungen fortgesetzt. Noch in der Nacht waren zwei Hundertschaften der Schutzpolizei von Kottbus nach Senftenberg abgegangen, sie kamen jedoch zu spät. — Auch in Senftenberg nahm die Menge gestern eine drohende Haltung an, ließ sich aber von ihren Führern schließlich beruhigen, so daß größere Ausschreitungen und Plünderungen vermieden wurden.

*

Die Vorgänge in Senftenberg sind ein ernstes Warnungszeichen für die Regierung. So, wie die Verhältnisse liegen, ist zu erwarten, daß diese Vorgänge sich auch anderswo noch öfter wiederholen werden. Der noch nie dagewesene Kurssturz der Mark bringt wiederum eine riesige Teuerungswelle. Gleichzeitig wird der Sieg der Brotwucherer, die beschlossene, vollkommen unzureichende Getreideumlage, die Steigerung des Brotpreises auf 35 Mk. für August die Stimmung unter der ärmeren Bevölkerung nicht besser werden lassen. Wenn die Regierung glaubt, **der Erregung der Arbeiterschaft durch Einsetzen von Schutzpolizei Herr werden** zu können, ist sie natürlich im Irrtum. Das Proletariat wird selbst daran gehen müssen, durch Bildung proletarischer Kontrollinstanzen und einer **Regierung aus Vertretern der Arbeiterschaft** seine Lage zu bessern.

Die Getreideumlage in dritter Lesung angenommen!

Stürmische Auseinandersetzung zwischen Kommunisten und Unabhängigen

Berlin, 1. Juli.

Am heutigen Sonnabend vormittag ist die Getreideumlage in dritter Lesung mit 217 gegen 137 mit Hilfe der drei Regierungsparteien und der unabhängigen Fraktion angenommen worden. Vor der Abstimmung kam es zu stürmischen Auseinandersetzungen zwischen den Unabhängigen und unseren Parteigenossen. Als unser Fraktionsredner feststellte, daß unsere Partei auch in der Frage der Brotversorgung der arbeitenden Bevölkerung versucht habe, durch gemeinsame Anträge der drei Arbeiterparteien die Einheitsfront herbeizuführen, dies aber leider gescheitert sei, riefen die Unabhängigen stürmisch, daß von jetzt an ein Zusammengehen mit den Kommunisten ausgeschlossen sei.

Diese stürmische Erregung der Unabhängigen, die die Freude der Deutschnationalen erregte, erklärt sich aus ihrer Einsicht in ihre politische Schwäche und Haltlosigkeit, die sie mit der Zustimmung zur Kompromißvorlage der Regierungsparteien verraten haben. **Ihre Abstimmung ist der erste Schritt von der anonymen Unterstützung der Regierungskoalition zu ihrer offenen Unterstützung und zur Teilnahme an der Regierung,** obwohl die Arbeiter, nicht zuletzt die der USPD., die Arbeiterregierung fordern, wie das Beispiel der Funktionärversammlung der Berliner Unabhängigen vom Mittwoch beweist, wo die Koalitionsregierung von allen Rednern abgelehnt wurde. **Hätte die unabhängige Fraktion gegen die Umlage gestimmt, so wäre sie mit 146 gegen 208 Stimmen abgelehnt worden, das hätte Reichstagsauflösung und Appell an die arbeitenden Massen bedeutet.** Die Unabhängigen ziehen dem das Brot verteuernden Regierungskompromiß und die Teilnahme an der Regierungskoalition vor. Sie fürchten jeden ernsten Kampf um die Arbeiterregierung, jede wirkliche Auseinandersetzung mit der Bourgeoisie.

*

DA. Berlin, 1. Juli.

Die Verhandlungen zwischen der SPD. und USPD. haben sich inzwischen so weit verdichtet, daß schon in den nächsten Tagen offizielle Verhandlungen einsetzen werden. Die SPD. wird wahrscheinlich an die USPD. die Aufforderung **zum Eintritt in die Regierung richten.** Die Reichskonferenz der USPD., die morgen zusammentritt, wird dann zu entscheiden haben, ob die Partei in die Regierung eintreten soll und unter welchen Bedingungen dies zu geschehen hat. Die Stimmung in der Fraktion der USPD. ist im Augenblick für den Eintritt in die Regierung.

Gegen die nationalistische Reaktion

Die kommunistische Fraktion in der Chemnitzer Stadtverordnetenversammlung hat folgende Anträge gestellt:

Die kommunistische Fraktion beantragt, das Stadtverordnetenkollegium wolle beschließen, die Stadtverwaltung zu beauftragen:

1. a) **Alle monarchistischen Bilder und Wahrzeichen sind aus den städtischen Verwaltungsstellen zu entfernen.**
   b) **Die monarchistischen Geheimbundorganisationen aufzulösen und die Beteiligten der Bestrafung auszuliefern.**
2. Bei der Reichs- und Landesregierung zu fordern:
   a) Entfernung aller Monarchisten aus Heer, Polizei und Verwaltung.
   b) Verbot und Auflösung aller nationalistischen Organisationen.
   c) Verhaftung aller Orgeschführer.
   d) Schaffung von Kontrollorganen der werktätigen Bevölkerung zur Durchführung dieser Forderungen.

Verbot nationaler Mordorganisationen in Sachsen und Thüringen

Von der Staatskanzlei der sächsischen Regierung wird mitgeteilt: „Es besteht der Verdacht, daß zwischen einer Reihe nationalistischer Organisationen und der des Vorbereitens und des Vollbringens politischer Morde dringend verdächtigen Organisation C Beziehungen bestehen. Es ist daher die Besorgnis begründet, daß durch diese Organisationen die Ruhe und Ordnung und der Bestand der Republik gefährdet wird.

Auf Grund des § 1 der Verordnung zum Schutz der Republik hat daher das sächsische Ministerium des Innern durch einen unter dem 1. Juli 1922 in der „Sächsischen Staatszeitung" veröffentlichten Bekanntmachung die nachgenannten Vereine und Verbände mit allen ihren Bezirks- und Ortsgruppen verboten und aufgelöst:

1. den Verein „Organisation C", 2. den Landesverband der Vereine nationalgesinnter Soldaten, 3. den Verein der Getreuen, 4. den Verein der Kleinkaliberschützen, 5. den Verein Freikorps Oberland, 6. den Verein Stahlhelm.

Jena, 3. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Der Hochschulring deutscher Art ist auf drahtlichen Bescheid des Thüringer Ministeriums vom Gemeinderat Jena aufgehoben.

*

Verhaftung aller Mitglieder den Organisation C in Thüringen

Weimar, 2. Juli. Wie vom thüringischen Ministerium mitgeteilt wird, ist im Anschluß an die Ergebnisse der Untersuchung des Mordes an Rathenau besohlen worden, alle Mitglieder der an der Verschwörung beteiligten Organisation C zu verhaften. Es sind bereits eine große Anzahl Verhaftungen erfolgt, wobei wichtiges Beweismaterial vorgefunden worden ist.

Ein Waffenlager des deutschvölkischen Mordklubs

Berlin, 2. Juli. Bei dem Eigentümer des bei der Ermordung Rathenaus verwendeten Autos, dem deutschvölkischen Fabrikanten Johannes Küchenmeister zu Freiberg (Sachsen), beschlagnahmte die Polizei

2 Minenwerfer,
6 schwere Maschinengewehre,
4 leichte Maschinengewehre,
150 Gewehre,
30 Kisten Munition,
eine Telephoneinrichtung.

Alle diese Dinge waren in einem Schacht eingemauert. Es ist ganz ohne Zweifel, daß die nationalen Mordorganisationen reichlich mit Waffen versehen sind. Hat doch die große Entwaffnungsaktion der Regierung fast ausschließlich der Arbeiterschaft gezollten, die man restlos solcher Verteidigungsmittel beraubte. Es kommt jetzt darauf an, die Entwaffnung der gefährlichen monarchistischen Mordvereine nachzuholen. Die Arbeiterschaft selbst muß die Entwaffnung in die Hand nehmen, wo die Behörden versagen.

Kahr — Mitglied der Mörderorganisation Consul

Im Bayrischen Landtag hat der kommunistische Abgeordnete Graf mitgeteilt, daß Kahr ständig an den Sitzungen der Mörderbande „Konsul" teilgenommen habe.

Damit zeigt sich, daß die Forderung der sofortigen Verhaftung der Kahr, Poehner, Escherich und Konsorten keine bloße Agitationsphrase ist. Sie ist notwendig zur Sicherung der Arbeiterschaft gegen weitere Putsche und Mordtaten. Sie ist Pflicht des Staatsgerichtshofs. Denn nach der Ausnahmeverordnung Eberts wird die Teilnahme an den Mörderorganisationen mit dem Tode oder lebenslänglichem Zuchthaus bestraft.

Die sofortige Verhaftung Kahrs, der noch immer Regierungspräsident von Oberbayern ist, ist der erste Prüfstein für die Festigkeit und Zuverlässigkeit des republikanischen Staatsgerichtshofs vor den Augen der Massen.

Wenn bis Dienstag, dem Tage der neuen Demonstration des Proletariats in ganz Deutschland, Kahr nicht hinter Schloß und Riegel sitzt, dann weiß die Arbeiterschaft, was sie von den Ausnahmeverordnungen, ihrer Durchführung und dem mit braven Zentrumsleuten, Demokraten und Unabhängigen sowie „republikanischen" Reichsgerichtsräten besetzten Staatsgerichtshof zu halten hat, — und sie wird selbst handeln müssen.

Keine Amnestie!

Ablehnung der Arbeiterforderungen im Verfassungsausschuß des Preußenparlaments

Ein starkes Selbstbewußtsein ging durch die Reihen der Arbeiterschaft, als sie auf den Ruf der Führer der Gewerkschaften und der politischen Parteien zu Hunderttausenden demonstrierte. „Endlich die Einheitsfront, endlich werden wir von den Worten und Versprechungen zu Taten kommen! Diesmal wird es nicht gehen, wie nach dem Kapp-Putsch und nach dem Morde an Erzberger".

Keine acht Tage sind nach dem Morde an Rathenau vergangen, und schon wird die Arbeiterschaft wieder schamlos hingehalten und betrogen. Nach dem was wir Kommunisten gestern im Verfassungsausschuß des Preußischen Landtages erlebt haben, können wir nicht mehr schweigen. Wir müssen laut hinausrufen, daß es alle Arbeiter hören: Proletarier in allen Parteien und Gewerkschaften, habt acht auf Eure Führer! Sie sind dabei, den im ersten Schrecken angesagten Kampf abzubrechen und suchen nur noch nach den Gründen, um dies ohne allzu großen Schaden für sich tun zu können. Mit eiserner Logik zwingt die Koalitionspolitik die Sozialdemokratie dazu, die ihr unterstehenden Arbeiterbataillone aus der proletarischen Massenfront herauszuziehen und so die Front zu schwächen. Arbeiter, habt acht auf Eure Führer und denkt an das, was Eure Vertreter bei den Demonstrationen versprochen haben.

Im Verfassungsausschuß des Preußenparlaments wurde gestern der Entwurf des Gesetzes zum Schutze der Republik beraten. Obwohl in einer Vorbesprechung der drei Arbeiterparteien, der Führer der SPD.-Fraktion, Heilmann, versprochen hatte, für die bekannten Forderungen der Kommunisten zu stimmen, und dann erst nach Ablehnung dieser Forderungen durch das Bürgertum, den abgemilderten Antrag der SPD. einzubringen, brach er schon gleich bei Beginn der Sitzung des Ausschusses sein Wort und brachte einen Entwurf ein, bei dessen Verlesung selbst die rechten Parteien aufatmeten. Dieser Entwurf wurde dann auch gegen die Stimmen der KPD. und USPD. Absatz für Absatz von der bürgerlich-sozialdemokratischen Koalition zum Teil mit Einschluß der Deutschnationalen angenommen. Vergebens wiesen unsere Redner darauf hin, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten doch durch ihre Unterschrift an das gemeinsame Abkommen der Arbeiterparteien gebunden seien. Vergebens wiesen sie darauf hin, daß bei Annahme des von der Sozialdemokraten eingebrachten Entwurfes, das Amnestiegesetz für die politischen Gefangenen ein wertloser Papiersetzen sei. Schritt füür Schritt wichen die Sozialdemokraten dem Ansturm der bürgerlichen Parteien und ließen sich selbst Verschlechterungen ihres an und für sich schon jämmerlichen Entwurfes gefallen. Die klar und unzweideutig formulierten Anträge der Kommunisten wurden rücksichtslos von einer Front abgelehnt, die sich von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen erstreckte. Abgelehnt wurde, um nur das Wichtigste zu nennen, ein kommunistischer Antrag, der folgendermaßen lautete:

Für Straftaten, welche die Befreiung der Arbeiterklasse zum Ziele haben, die bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes in Preußen verübt worden sind und der preußischen Justiz unterliegen, wird Amnestie gewährt. Straffrei sind auch Handlungen, die im Zusammenhange mit politischen Straftaten begangen worden sind.

Abgelehnt wurde unser Antrag, der die im Entwurf der SPD. vorgesehene „Gnadenkommission" wie folgt zusammensetzen sollte: drei Vertreter des ADGB., drei Vertreter der Afa, drei Vertreter der Arbeiterparteien.

Das „Amnestiegesetz", wie es bisher beschlossen ist, wird folgendermaßen aussehen:

§ 1. Für Straftaten, die mit den politischen Unruhen im Frühjahr 1921 im Zusammenhang stehen, wird, soweit das Begnadigungsrecht dem Freistaat Preußen zusteht, Straffreiheit gewährt.

§ 2. Straffreiheit wird gewährt für solche Straftaten, die im Jahre 1921 im Zusammenhange mit Kundgebungen für die republikanischen Staatsform begangen worden sind (nach Ermordung Erzbergers).

§ 3. Von der Straffreiheit nach §§ 1 oder 2 sind ausgenommen: Straftaten, die lediglich auf Raheit oder persönlicher Gewinnsucht beruhen. 2. Straftaten solcher Personen, die im Zusammenhang mit den in §§ 1 und 2 genannten Bewegungen ein Verbrechen gegen das Leben (§§ 211, 212, 214 StrGB.), ein Verbrechen der schweren Körperverletzung (§§ 224 bis 226), ein Verbrechen des schweren Raubes (§ 251), ein Verbrechen der Brandstiftung (§§ 306 bis 308), ein Verbrechen der Notzucht oder ein Verbrechen gegen §§ 5, 6, 7, des Gesetzes über den verbrecherischen oder gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen vom 9. Juli 1884 (!) begangen haben.

§ 3a. Straffreiheit für Vergehen, die mit dem Eisenbahnerstreik im Februar 1922 im Zusammenhang stehen. Ausgenommen sollen aber davon werden alle Vergehen betreffs Transportgefährdung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220703-19/fragment/page=0001

§ 4. Bei Straffreiheit werden die noch nicht verbüßten Strafen und die rückständigen Bußen und Kosten erlassen. Die eingeleiteten Verfahren niedergeschlagen, neue Verfahren nicht eingeleitet.

§ 5. Vermerke über Strafen, die nach diesem Gesetz erlassen worden sind, sind im Strafregister zu streichen.

§ 6. Wenn auf Grund dieses Gesetzes Straffreiheit nicht gewährt wird, steht dem Verurteilten oder Angeklagten die Beschwerde an eine besondere Gnadenkommission zu, die endgültig entscheidet. Ihre Berufung erfolgt durch den Ministerpräsidenten.

Durch die Annahme des § 3 dieses Entwurfes ist jede Amnestie vollständig illusorisch. Die bürgerlichen Klassenrichter haben von vornherein dafür gesorgt, daß die politischen Gefangenen nicht wegen rein politischer Verbrechen, sondern wegen „gemeiner Verbrechen" verurteilt worden sind. Der § 3 bedeutet, daß es für den großen Prozentsatz der noch aus der Zeit des Kapp-Putsches, aus den Märzkämpfen 1921 Verurteilten und in den Zuchthäusern und Gefängnissen sitzenden Arbeiter keine Amnestie geben wird. Mehr verlangt die Reaktion nicht. Und so können denn auch die Deutschnationalen ruhig für den Entwurf der Sozialdemokraten stimmen. Die Ausnahmen, die bei der Amnestierung der Eisenbahner gelten sollen, bedeuten, daß alle Gemaßregelten Lokomotivführer und Eisenbahnarbeiter, deren Arbeitsniederlegung zu Unglücksfällen hätte beitragen können, nach wie vor gemaßregelt bleiben.

Die Reaktion kann stolz sein auf die Sozialdemokratie. Die Lage für die Reaktion ist gerettet. Die Sozialdemokratie hat es vorgezogen, sich zum Bürgertum zu schlagen, an der Koalitionspolitik festzuhalten, anstatt inmitten der Massen, die kämpfen wollen, zu stehen. Sache der Arbeiter ist es, diesem schändlichen Treiben ein Ende zu bereiten und die Führer der SPD. zur Räson zu bringen. Wenn die Dinge sich so weiter entwickeln, wird am Schluß aus dem beabsichtigten Gesetz zum Schutze der Republik ein neues Antikommunistengesetz, d. h. ein neues Gesetz gegen die Arbeiterschaft.

Arbeiter, habt acht auf Eure Führer!

Der ist noch Reichswehrminister!

Zum Teufel mit ihm!

Geßler, dieser würdige Nachfolger Noskes, hat bekanntlich den berüchtigten Kappisten Löwenfeld, der am 13. März 1920 an der Spitze seiner Marinebrigade durch das Brandenburger Tor einzog, nicht nur nicht weggejagt, sondern ihm sogar noch mit bedeutsamen Kommandos betraut. Auf eine Anfrage, die im Reichstag wegen dieses Skandals gestellt wurde, hat der Herr Reichswehrminister am 26. Juni, also zwei Tage nach der Ermordung Rathenaus folgende Antwort erteilt die wir als Dokument zur Frage der „Reinigung" der Reichswehr hier wörtlich abdrucken:

1. Es ist richtig, daß Kapitän z. S. von Löwenfeld als Leutnant z. S. im Alter von 22 Jahren, d. h. vor 20 Jahren, wegen Mißhandlung mit 10 Tagen Stubenarrest bestraft worden ist.

2. Die Vorgänge in Breslau sind Gegenstand einer eingehenden gerichtlichen Untersuchung gewesen, dabei konnte keinerlei Verschulden des Kapitäns z. S. von Löwenfeld oder seiner Offiziere festgestellt werden.

3. Die Verwendung der Marinebrigade Löwenfeld im Ruhrgebiet erfolgte im Auftrage der Reichsregierung gegen die Rote Armee. Wegen einer der zur Sprache gebrachten Beschuldigungen ist keinerlei Anzeige bei irgendeiner der zuständigen Stellen erfolgt.

4. Wie bei anderen Freikorps sind auch bei der Auflösung der Marinebrigade Löwenfeld in den Lagern Unregelmäßigkeiten vorgekommen. Dies war bei der ganzen Zusammensetzung des Freikorps gar nicht zu vermeiden. Jedenfalls können die Führer hierfür nicht wie bei regulären Truppen verantwortlich gemacht werden. Der Kapitän z. S. von Löwenfeld hat bei der Auflösung seines Freikorps die Reichsregierung in der loyalsten Weise unterstützt und dadurch wesentlich dazu beigetragen, daß bei dieser Brigade Schwierigkeiten, wie sie bei anderen Brigaden entstanden, nicht aufgetreten sind.

5. Da Kapitän z. S. von Löwenfeld sich auch seitdem in absolut loyaler Weise benommen hat, und auf Grund seiner früheren Beurteilungen und seiner besonderen Sprachkenntnisse für ein Auslandskommando besonders geeignet ist, bestand für mich kein Anlaß, ihn dieses Kommando vorzuenthalten. Denn ich halte mich zu einer solchen Maßregelung eines Reichswehrangehörigen nur berechtigt, wenn ihm schuldhaftes Vergehen nachgewiesen ist. gez.: Dr. Geßler.

Das ist also unser Reichswehrminister! So reinigt er die Reichswehr und die Marine von reaktionären Elementen! Und mit dem Burschen sitzen die Sozialdemokraten noch immer in derselben Koalitionsregierung!

Der Stinnes-Sozialist gegen seine Partei

In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" vom 29. Juni erhebt in dem politischen Leitartikel Herr Paul Lensch zu Nutz und Frommen der Bourgeoisie und seines Brotherrn Stinnes seine gewichtige Stimme: der Herr Professor ist unzufrieden mit dem Schritt der Gewerkschaften und der Parteien. Das ist klar: Weiß' Brot ich ess', zu deß' Nutz ich sing'! Anderthalb Spalten lang — und die Spalten der „D. A. Z." sind sehr lange Spalten — schreibt Herr Lensch gegen die Forderungen der Arbeiterschaft. Er hofft dabei auf seine Parteifreunde, von denen — soviel uns bekannt ist — alle noch nicht Chefredakteure oder Direktoren Stinnesscher Unternehmungen sind, aber immerhin nicht mit Unrecht in dem Geruch stehen sollen, einige Verbindungen mit Stinnes aufrechtzuerhalten, u. a. in Gestalt der preußischen Koalitionsregierung.

Herr Paul Lensch will diesen seinen Parteifreunden im Auftrag der Bourgeoisie den Gedanken nahelegen, von den Forderungen der Arbeiter, die er „Improvisationen" nennt, so viel abzuhandeln, daß Stinnes sowohl wie auch der dem Stinnes politisch sehr nahestehende Graf Westarp das ganze Gesetz mit Freuden schlucken können; nicht nur schlucken, sondern auch verdauen; nicht nur verdauen, sondern dabei fett werden.

Es ist an der Zeit, daß die sozialdemokratischen Arbeiter ihrerseits sich überlegen, ob sie den Herrn Paul Lensch noch verdauen können und ob es nicht an der Zeit ist, ihn in elegantem Bogen dahin zu befördern, wohin er gehört: in die Deutsche Volkspartei.

Die Maschinenpistole der Rathenau-Mörder gefunden!

Berlin, 1. Juli. Der Abteilung IA des Berliner Polizeipräsidiums ist es gelungen, die Maschinenpistole, mit der Minister Rathenau erschossen worden ist, aufzufinden. Die Waffe hing in einer Tannenhecke auf einem Gartengrundstück in der Teplitzer Straße in Berlin-Schmargendorf. Die Pistole ist noch mit 24 Schüssen geladen.

Brotpreis zunächst 35 Mark!

Sozialdemokraten und Unabhängige für die Brotpreiserhöhung

Reichstagssitzung vom 30. Juni 1922

Die Brotwucherer haben gesiegt. Mit Hilfe der SPD. und der USPD. ist der noch weitaus verschlechterte Regierungsentwurf angenommen. Nach langen Kompromißverhandlungen haben die Sozialdemokraten beider Richtungen auf der ganzen Linie nachgegeben und Kompromisse gemacht. Sie haben mitbeschlossen, daß eine vollkommen unzureichende Umlage von 2,5 Millionen Tonnen aufgelegt wird. Sie haben mitbeschlossen und ermöglicht, daß der Brotpreis ab 15. August auf 35 Mk. steigt, sie haben den Agrariern weitere Preiserhöhungen für das zweite und dritte Drittel des Wirtschaftsjahres zugesagt, sie haben damit zugestimmt einer weiteren Brotpreiserhöhung auf 60—70 Mk. im Winter und Frühjahr. Noch vorgestern hat der „Vorwärts" in die Welt hinausgeschrien, daß die Ablehnung der Regierungsvorlage nur mit der Auflösung des Reichstags beantwortet werden kann. Heute hat sich die SPD. und USPD. zusammengefunden, um den Agrariern Kompromisse zu machen, um die arbeitende Bevölkerung auf das ungeheuerlichste zu belasten.

Die Anträge, die die kommunistische Fraktion gestellt hat, die allein imstande waren, den Anforderungen der Arbeiterschaft zu genügen, sie wurden von der großen Koalition, Crispien bis Helfferich, abgelehnt. Die Sozialdemokraten beider Richtungen haben aber durch diese Abstimmung gezeigt, wie ernst ihnen der Kampf gegen die Reaktion ist. Wie die Antwort der Arbeiter auf diese Abstimmung ausfallen wird, ist nicht ungewiß.

*

Nach Erledigung einer Reihe Kleiner Anfragen wurden eine Reihe kleiner Vorlagen erledigt. Die Vorlage über Teuerungsmaßnahmen entfesselte eine längere Debatte. Für die kommunistische Fraktion sprach

Genosse Berthelé

Der Entwurf bedeutet keine Linderung der ungeheuren Not der Kriegsopfer. Zudem wurde er ein ganzes Vierteljahr lang hinausgezogen. Er unterscheidet zwischen drei Gruppen: Vollerwerbsfähigen, Erwerbsbeschränkten und Erwerbsunfähigen. Wir erkennen diese Unterschiede nicht an. Die Kriegsbeschädigtenverbände haben erdrückendes Material für die Notwendigkeit einer allgemeinen Erhöhung der Renten beigebracht. Seit April 1920 wurden die Renten um ganze 10 Prozent erhöht. Wir verlangen die Streichung der Bestimmung, die die Leichtbeschädigten und erwerbsfähigen Witwen von der Rente ausschließt. Wir fordern weiter einen 100prozentigen Zuschlag auf die Grundrente und Teuerungszuschläge, die es den Beschädigten erlaubt, bis zum Herbst, wo die große Novelle zum Versorgungsgesetz erscheinen soll, leben zu können.

Alle kommunistischen Anträge werden abgelehnt. Angenommen wird lediglich ein Stinnes-Antrag, wonach die Kürzung der Teuerungszuschüsse erst eintreten soll, wenn das Einkommen die Erwerbslosenunterstützung um das Doppelte übersteigt. Das Gesetz wurde hierauf in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Darauf folgt die Beratung des

Getreide-Umlagegesetzes.

Es liegt ein Kompromißantrag der Koalitionsparteien und der Unabhängigen vor, wonach die Umlage auf 2½ Millionen Tonnen und der Preis für Roggen auf 6900 Mk., für Weizen auf 7400 Mk., für Gerste auf 6200 Mk. und für Hafer auf 6600 Mk. pro Tonne festgesetzt wird. Für die beiden letzten Drittel sollen die Preise neu festgesetzt werden von einem 20gliedrigen Ausschuß mit je fünf Mitgliedern des Reichstags, der Landwirtschaft und der Verbraucher. Die Rechtsparteien bekämpfen die Vorlage aufs heftigste. Der Sozialdemokrat Krüger klagt über die politische Verhetzung der Landwirte.

Der Zentrumsmann Stegerwald erklärt, das seine Partei sich trotz schwerer Bedenken für die Umlage entschieden habe.

Der USPD.-Mann Hertz schob die Schuld dafür, daß die Getreideumlage zu einer politischen Frage geworden ist, auf den Widerstand des Agrariertums. Wir stimmen dem Kompromiß nur deshalb zu, weil wir den Herren von rechts nicht die Geschäfte besorgen wollen.

Genosse Koenen

Es ist unerträglich, daß die Nutznießer dieser Vorlage, die eigentlich vor den Staatsgerichtshof und ins Zuchthaus gehörten, an der Beratung dieser neuen unerhörten Belastung der Bevölkerung teilnehmen. Den Mitschuldigen am Rathenau-Mord, Helfferich, Wulle, Westarp und Kaufhold, will man heute hier noch Konzessionen machen. Die Regierung beruft sich auf das Steigen des Dollarpreises von 100 auf 300 Mk.

Der Brotpreis soll um das Dreifache gesteigert werden.

Die Regierung sagt in ihrer Vorlage, daß nach den Börsenpreisen ein Weizenbrot auf etwa 36 und ein Markenbrot auf 29 Mk zu stehen kommen würde, das könne die schwerringende deutsche Volkswirtschaft nicht ertragen. Jetzt will aber die Regierung darüber hinausgehen.

Nach dem Kompromiß soll das Roggenbrot im August 35 Mark kosten,

während die Agrarier 40—45 Mk. haben wollen. Die Zusage bei den späteren Ablieferungsraten, die Preise erneut festzusetzen, bedeutet eine Begünstigungsprämie für die, gegen die in den nächsten Tagen ein Ausnahmegesetz wegen ihrer politischen Morde gemacht werden soll. Wo können die Arbeiter Forderungen erheben, von dem Eintreten neuer Wertsenkungen der deutschen Mark? Die Arbeiter, Angestellten und Beamten hinken immer monatelang der Teuerung nach. Den Agrariern will man im voraus dafür Entschädigungen leisten. Es ist unerhört, daß man gegenüber den Agrariern auch in der Umlagezifferr völlig zurückgewichen ist. 2½ Millionen Tonnen Umlagegetreide sind unzulänglich.

Wir nehmen deshalb den in den letzten Wochen immer wieder gestellten Antrag, 4½ Millionen Tonnen sicherzustellen, wieder auf. Wir vermögen nicht, innerhalb einer Woche so gründlich umzulernen.

Noch gestern erklärte die Sozialdemokratie, sie würde von einem Getreidepreis von 6300 Mk. pro Tonne nicht abgehen und heute erleben wir, daß mit der Sozialdemokratie auch die Unabhängigen den Agrariern 6900 Mk. pro Tonne Roggen zugestehen. Die politische Situation war für die Arbeiterparteien so günstig, daß man es hätte unbedingt auf eine Reichstagsauflösung hätte ankommen lassen müssen, um einen frischen Luftzug in die verdorbene Atmosphäre der Koalitionspolitik hineinzubringen. Wir fordern, daß den Agrariern nicht mehr Erhöhung gegenüber dem Vorjahrspreis zugestanden wird, als den Arbeitern in demselben Zeitraum prozentual Lohnerhöhungen zugebilligt wurden. Weiter fordern wir, daß das Reich wieder Mittel zur Verbilligung des Brotgetreides bereitstellt.

Der Getreidepreis soll von dem vorjährigen Preis von 2100 Mk. auf 6900 Mk. erhöht werden.

Die deutschnationalen Mordgehilfen fordern sogar 8000 Mk. Dazu steht in Aussicht eine gewaltige Mieterhöhung zum 1. Oktober, die eine neue gewaltige Preiswelle hervorrufen muß. Beim einmütigen Zusammenstehen des Proletariats hätte sich eine Herabdrückung des Getreidepreises erreichen lassen. Wir bedauern, daß auch die Unabhängigen sich zu dem Kompromiß mit den Koalitionsparteien bereitgefunden haben. Wir fordern die Sozialdemokraten beider Richtungen noch jetzt bei der zweiten Lesung auf, reiflich zu überlegen, welche Schritte sie tun und ob nicht noch eine Möglichkeit der Verständigung zwischen den Arbeiterparteien gegeben ist. Wir wünschen, daß die Einheitsfront sich nicht nur gegen die politischen Verbrecher, sondern auch gegen die wirtschaftlichen Verbrecher des Ausbeutertums wendet. (Bravo! b. d. Kommunisten.)

Der kommunistische Antrag auf 4½ Millionen Tonnen Umlage wird gegen die Stimmen der Kommunisten von der Einheitsfront von Crispien bis Helfferich abgelehnt. Ebenso alle übrigen kommunistischen Abänderungsanträge in bezug auf Kontrollmaßnahmen der Arbeiterschaft bei der Getreideerfassung und Gewährung von Preisermäßigungen für erwerbslose Sozialrentner, Kriegsrentenempfänger.

Die Vorlage wird von den Koalitionsparteien und den Unabhängigen angenommen. Um ½10 Uhr tritt Vertagung ein auf Sonnabend 11 Uhr.

Ein Aktionsausschuß in Dessau

Wie uns gemeldet wird, wurde am Dienstag in einer riesigen Demonstrationsversammlung in Dessau folgende Resolution angenommen:

„Die heute zum Protest gegen den organisierten politischen Meuchelmord im „Tivoli" versammelten Arbeiter, Angestellten und Beamten Dessaus erklären angesichts der dauernden Morde, nicht bei Verordnungen stehen bleiben zu wollen und fordern noch heute einen paritätisch aus den drei Arbeiterparteien, dem ADGB. und dem Afabund zusammengesetzten Aktionsausschuß, welcher sich zur Aufgabe macht, alle aufgestellten Forderungen in die Tat umzusetzen."

Buchdruckerstreik in Berlin

Berlin, 3. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Hier erscheinen seit Sonnabend keine Zeitungen. Es handelt sich um einen wirtschaftlichen Streik der Buchdrucker, die 300 Mark Wochenzulage verlangen. Durch einen unverständlichen Beschluß, veranlaßt durch den SPD.-Mann Poetsch, ist auch die ganze Arbeiterpresse stillgelegt. Es erscheint nur ein Mitteilungsblatt der Berliner Arbeiterschaft, das unter der Redaktion der Gewerkschaftskommission steht.

Wie die Feinde der Republik geschützt werden

Im Juli v. J. wurde im Wöhler Realgymnasium von der Polizei ein Waffenlager entdeckt. Die Munition war nicht gering. 8 Fässer mit 416 Gewehren, 5 Maschinengewehre, 60 Kisten Infanteriemunition mit 14 000 Schuß. Diese Waffen wurden auf Veranlassung und im Beisein des Studienrats Dr. Jung vom Wöhler-Realgymnasium dort untergebracht. Der Direktor der Anstalt, Dr. Leiermann, hatte von der Unterbringung der Waffen angeblich keine Kenntnis. Er sah wohl, daß Fässer abgeladen wurden, er glaubte aber, es seien — „Kehrichtfässer", auch der Schulhausverwalter des Gymnasiums, ein kaisertreuer alter Feldwebel, hatte „keine Ahnung", daß in den Fässern und Munitionskisten Waffen und Munition war. Ihm wurde gesagt, der Inhalt seien „Steine" für ein Museum. Und das glaubte er. Der Name des Schulhausverwalters war die Deckadresse für die Sendungen an die Orgeschleute. Der Studienrat Jung war das Haupt der Frankfurter Orgesch, der Führer der Pfadfinder, der seine Schüler im Schulhof offen „Heil dir im Siegerkranz" singen ließ. Die Waffen stammten aus Bayern aus Aschaffenburg, wo sie in aller Seelenruhe aus der Sammlung der Waffenabgabe der bayerischen Einwohnerwehr gestohlen werden konnten. Die Polizei griff forsch ein und nahm zahlreiche Verhaftungen vor. Der Staatsanwalt erließ auch zunächst einen Steckbrief hinter dem sich auswärts befindlichen Dr. Jung. Der Steckbrief wurde aber rasch wieder aufgehoben und die Verhafteten entlassen. Dafür ist aber gegen den sozialdemokratischen Polizeipräsidenten eine „Anzeige wegen Freiheitsberaubung" erstattet worden.

In der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung wurde Anfang August v. J. der Vorfall gebrandmarkt und schärfstes Einschreiten gegen die Feinde der Republik verlangt. Selbst bürgerliche Redner bezeichneten das Vorgehen als ein Verbrechen. Rechtsstehende Stadtverordnete suchten es selbstverständlich zu entschuldigen.

Die Justiz arbeitete in der Sache sehr milde und sehr langsam. Der Direktor der Anstalt blieb vollständig ungeschoren, das Verfahren gegen den Schulhausverwalter und eine Reihe anderer Personen wurde eingestellt und Anklage nur gegen Jung und sieben andere Beteiligte erhoben.

Die Angeklagten fanden milde Richter. Am 2. Mai 1921 war die Verhandlung. Das Gericht schenkte der Angabe der Angeklagten, die Waffen sollten lediglich „zur Abwehr kommunistischer Putsche" — für die in Frankfurt nie eine Gefahr war! — dienen, Glauben. Die Angeklagten wurden zu Gefängnisstrafen von zwei bis sechs Monaten und Geldstrafen verurteilt. Wären sie Kommunisten gewesen, hätten sie sicherlich verschiedene Jahre Zuchthaus bekommen.

Die Gefängnisstrafe brauchen die Angeklagten wohl nie abzusitzen. Bei dem Studienrat Jung, der als Hauptbeteiligter besonders interessiert, wurde durch Beschluß der Strafkammer des Landgerichts vom 29. April 1922 die Vollstreckung der Strafe ausgesetzt und ihm eine Bewährungsfrist von 3 Jahren gegeben. Die hierzu gegebene Begründung ist so interessant, daß man sie wiedergeben muß. Die Strafkammer sagt, daß die Verfehlung „nicht durch Verdorbenheit und verbrecherische Neigung, sondern durch Leichtsinn und politische Unerfahrenheit" veranlaßt worden sei. Liebevoller kann man die Feinde der Republik — und um solche handelt es sich! — doch wohl kaum behandeln.

Inzwischen hat der Jung, wie die „Volksstimme" meldet, eine neue Anstellung erhalten („Volksstimme", Frankfurt a. M. Nr. 149 vom 29. Juni 1922.)

Berichtigung: In dem Aufruf der Zentrale der KPD. in unserem Sonnabendblatte hat sich ein Druckfehler eingeschlichen. Es muß richtig heißen: Alle Führer und aktiven Mitglieder der Geheimverbünde müssen verhaftet werden.

Ausland

Der Eisenbahnerstreik in Nordamerika

Paris, 3. Juli. Der Streik der amerikanischen Eisenbahnarbeiter ist entgegen der allgemeinen Anschauung doch noch zum Ausbruch gekommen, da die Arbeiter sich weigerten, eine Konferenz der Direktoren der Eisenbahngesellschaften zu beschicken. Der Verkehr in den Vereinigten Staaten ist einstweilen durch den Streik nicht berührt, doch fürchtet man, daß sich auch die anderen Eisenbahner dem Streik anschließen werden, wodurch der Verkehr unterbrochen werden könnte. 500 000 Arbeiter, die nicht in den Werkstätten arbeiten, sollen in den nächsten Tagen darüber abstimmen, ob sie die von den Arbeitgebern vorgeschlagene Lösung annehmen oder nicht.

Gestern fand unter dem Vorsitz des Präsidenten Harding eine Konferenz statt, in der er erklärte, daß es im Interesse des Volkes, der Unternehmer und der Arbeiter liege, daß die Konferenz zu einem Erfolg gelange. Wenn die Unternehmer und die Arbeiter nicht zu einer Einigung gelangen könnten, so müßte die Regierung eingreifen und im Interesse der Sicherheit des Landes einen Schiedsspruch fällen.

Bisher traten etwa 50 000 Arbeiter der Eisenbahnen der Neuengland-Staaten bis zu den westlichen transkontinentalen Linien in den Streik, einem Rat der Vorsitzenden von sechs Eisenbahnwerkstätten-Arbeiterverbänden folgend. Eine Störung des Bahnverkehrs geschah noch nicht.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220703-19/fragment/page=0002

Die Krise in Deutschland

Von Karl Radek.

Wiederum, wie im Herbst vorigen Jahres nach der Ermordung Erzbergers, haben sich die Arbeitermassen erhoben, um gegen die Monarchisten und für die Republik, mag sie sein, wie sie wolle, zu demonstrieren. Die kommunistischen Arbeiter gehen hier Hand in Hand mit den sozialdemokratischen Arbeitern; sie demonstrieren nicht für die Regierung der Sozialdemokraten und bürgerlichen Demokraten, sondern gegen die Clique der Ludendorff und Helfferich. Die Regierung macht wieder große Worte und erklärt, daß sie im entscheidenden Moment auf der Seite der arbeitenden Massen stehen werde, sie macht wiederum drohende Gebärden, so wie sie es im vorigen Jahre getan hat. Aber diese Worte und diese Gebärden, ändern die tatsächliche Lage nicht um einen Deut.

Der Reichskanzler Wirth macht den Eindruck eines aufrichtigen Menschen mit plebejischen Neigungen. Aber was sind seine Gefühle wert, wenn die Regierung desselben Wirth grausame Maßnahmen gegen die streikenden Eisenbahner trifft, wenn sie sich nicht zu einer Finanzreform entschließen kann, sondern alle Lasten auf die Volksmassen abwälzt? Diese Politik der Regierung der deutschen Sozialdemokratie und zweier bürgerlicher Parteien, die sich demokratisch nennen, diese Politik ist eben der Boden, auf dem der kriegerische Nationalismus üppig aufgeblüht ist.

Die demokratische Regierung Deutschlands kann keinen Kampf gegen rechts führen. Nicht nur darum, weil sie sich stets zu neuen Angriffen gegen die Arbeiterklasse bereit hält, sondern auch aus dem einfachen Grunde, weil die Wirtschaftspolitik der Regierung die breitesten Massen der Intellektuellen und des Kleinbürgertums, zu der äußersten Rechten hindrängt. Wenn die Familien von Universitätsprofessoren, von der breiten Masse der Beamten schon nicht zu reden, wochenlang schon kein Stückchen Fleisch oder Zucker sehen und dabei die ungeheuerliche Steuerlast tragen müssen, während die Schwerindustrie die Valuta im Auslande anhäuft, und die Schieberbande in einem Luxus lebt, der die Bevölkerung provoziert — ist es den Junkern natürlich leicht, sie auf den Vergleich ihrer jetzigen Lage mit der Zeit des Kaiserreichs hinzuweisen.

Die nationalistisch-junkerliche Clique benutzt die Masse des Antisemitismus zum Kampf gegen die Regierung, obgleich in dieser nur einzelne Juden sitzen. Aber schon der alte Bebel sagte, daß der Antisemitismus, der Sozialismus der dummen Kerle sei. Und wirklich! Eines der stärksten Mittel, um die kleinbürgerliche Masse zu sich herüberzuziehen, ist für die Nationalisten der Hinweis auf das Gedeihen der jüdischen Schieberbourgeoisie. Es ist selbstverständlich, daß im Falle einer Restauration der Monarchie alles beim alten bleiben würde, nur mit dem kleinen Unterschiede, daß auch die Soldateska des Kaisers zu den Schlemmern gehören würde. Aber nicht das ist wichtig, was sein würde, sondern das, was ist.

Die demokratische Republik ohne Demokraten und Republikaner, die nicht fähig ist, den Volksmassen irgend einen Ausweg aus der unerträglichen Lage zu zeigen, eine solche Republik ist tot und unfruchtbar. Sie macht den Eindruck eines leeren Hauses, das seinen Wirt erwartet. Das ist der Sinn der Lage, wie sie von der deutschen Bourgeoisie geschaffen worden ist. Rathenau schrieb in einer seiner Broschüren, daß in Deutschland weder die Demokratie noch die Republik von irgend jemand erobert worden sei. Die demokratische Republik kam als Resultat des Zusammenbruchs des deutschen Imperialismus aus Welt. Der Kaiser und der Kronprinz flohen, und Deutschland blieb als Republik zurück. Die deutsche Bourgeoisie, die sich mit einer solchen Sachlage einverstanden erklärte, weil sie hoffte, von der Entente günstigere Friedensbedingungen zu erhalten, wenn kein Kaiser mehr da sein würde, befand sich von Anfang an im Gegensatz zu der Arbeiterklasse, die den Kampf für die Verwirklichung des Sozialismus begann. Die Republik konsolidierte sich im Bürgerkriege gegen die Arbeiterklasse, sie wurde mit Hilfe der Monarchisten konsolidiert, die bis heute den Staatsapparat in ihrer Hand halten. Diese Lage kann nur geändert werden, wenn man diesen Apparat in entschiedenster Weise zerbricht: und **das kann nur die Arbeiterklasse tun, wenn sie entschlossen ist, mit der Bourgeoisie zu brechen.**

Es handelt sich hier nicht um die Bestrebungen einzelner Personen. Es ist möglich, daß der Gymnasiallehrer Wirth, der erst durch die Revolution in die Politik hineingezogen worden ist, subjektiv den Volksmassen mehr ergeben ist, als die alten Politikanten von der Art Scheidemanns, Noskes, Eberts, die aus der Tiefe der Arbeiterklasse hervorgegangen sind. Aber es handelt sich hier nicht um Personen. Die Frage ist, ob die deutsche Arbeiterklasse zur Tat schreiten und alle ihre Kräfte ohne Unterschied der Parteien, vom christlichen Bergarbeiter des Ruhrgebietes bis zum kommunistischen Metallarbeiter Berlins, vereinigen wird. Nur dann, wenn diese Umstellung stattfinden wird, nur in dem Falle, wenn die Regierung eine neue sozialen Basis erhält, kann der Kampf gegen den Ansturm, der letzten Endes die Restauration der Monarchie zum Ziele hat, erfolgreich sein. Dieser Kampf muß so geführt werden, daß der deutsche Nationalismus sich zersetzt, daß die demokratischen Kleinbürgermassen sich von ihm abwenden, denn es ist lächerlich, in diesen Massen nur eine Stütze der Reaktion zu sehen. Sie stellen kein schöpferisches und revolutionäres Element dar, aber sie befinden sich in einer revolutionären Gärung gegen den Kapitalismus der auf der Leiche der Nation blüht. Eine Arbeiterregierung, die der Clique der Phrasenhelden der Restaurierungen und der Revanche an die Gurgel gehen würde, würde das Prestige Deutschlands im Auslande zu erhöhen und das Vertrauen der Volksmassen im Auslande zu ihr so steigern, daß sie die Liquidation des Versailler Vertrages beschleunigen und so die Elemente, die gegenwärtig durch die unerhörte nationale Unterdrückung zu der Clique Ludendorffs gestoßen werden, für sich gewinnen würde.

Wird sich die deutsche Sozialdemokratie dazu entschließen?

Handelt es sich um ihre Führer, so werden diese nur die Bewachung Eberts und anderer hervorragender Personen verstärken und werden alle Maßnahmen treffen, damit diese Krise ebenso resultatlos verläuft, wie die vorhergehenden. Aber die sozialdemokratischen Arbeiter werden eine neue Lehre erhalten, die für sie nicht spurlos vorübergehen wird.

Aus der Lage, in der sich die deutsche Regierung heute befindet, **sind zwei Auswege möglich. Erstens**, ein energischer Kampf gegen rechts, ein Kampf, der in seiner Entfaltung unumgänglich zur Arbeiterregierung führen muß. **Zweitens**, daß die Schwerindustrie vor diesem Kampf zurückschreckt und nach links Konzessionen macht, um die Rechte zu isolieren und sie so zur Mäßigung zu zwingen. Das würde die Erweiterung der Koalition durch die Stinnespartei die nach außen hin radikaler tun würde, bedeuten. Sozial wäre das in Wirklichkeit die Verstärkung des reaktionären Charakters der Regierung und müßte die sozialdemokratischen Massen nach links drängen. Die Häupter der gegenwärtigen Regierung fürchten sowohl das eine, als auch das andere und werden nach dem leeren Lärm, den sie erhoben haben, nach wie vor keinen Schritt nach irgend welcher Richtung tun.

Aber der Henker steht vor der Tür in Gestalt des wachsenden Druckes der nationalistischen Rechten und der Forderungen der Entente. Und darum spricht alles dafür, daß der Prozeß des Verfaulens in Deutschland seinem Ende entgegengeht und daß wieder eine Periode der Entscheidungen naht . . . Die Kommunistische Partei Deutschlands hat für diese Periode der Entscheidungen ihr Banner hoch erhoben. Auf diesem Banner steht geschrieben: **„Die Einheitsfront der Arbeiterklasse und die Arbeiterregierung."**

Zugentgleisungen. Lennep, 3. Juli. Am Sonnabend nachmittag entgleiste auf der Fahrt nach Mipperfürth ein Güterzug. Die Lokomotive stürzte die vier Meter hohe Böschung hinab und riß sechs Wagen mit sich. Der Zugführer wurde getötet, der Heizer und zwei Schaffner leicht verletzt.

Rüdesheim, 3. Juli. Gestern abend entgleiste auf noch nicht aufgeklärter Weise der Packwagen des Eilzuges 256 Dresden—Frankfurt auf der Durchfahrt durch den Bahnhof Geisenheim. Die Folge des Unfalles, bei dem erheblicher Sachschaden entstand, war eine starke Störung des rheinischen Verkehrs.

Der Prozeß gegen die SR.

Die SR. und der Wolga-Aufstand

Moskau, 28. Juni.

In der Morgensitzung vom 28. Juni sagte der Angeklagte Aljtowskij über die konterrevolutionäre Tätigkeit des Zentralkomitees der SR. in Saratow aus. Er bringt einzelne anekdotische Erzählungen vor und spricht sehr weitläufig über die Agrarfrage und vermeidet es, auf die eigentliche Sache einzugehen.

Die erste Information, die die Wolgadelegation der achten Tagung des Parteitrates der SR. überbrachte, diente als Grundlage für den Beschluß dieses Parteitrates über die Aufnahme des bewaffneten Kampfes gegen die Sowjetmacht und für die Organisierung der Wolgafront. Die Wolgagebiet-Komitees unterhielten die Verbindung mit der Uralfront, ferner mit der Front im Abschnitte von Samara und mit der sozialrevolutionären Regierung von Samara, die mit diesen Komitees Hand in Hand arbeitete. Die sozialrevolutionäre Parteiorganisation nahm an dem mißlungenen Aufstand der Tschechoslowaken in Pensa teil, wo die Tschechoslowaken durch die Bolschewiki vertrieben wurden. Donskoj, der seinerzeit Aljtowskij in Saratow ablöste, bemühte sich, in seinen Aussagen den Beweis zu führen, eine militärische Arbeit habe es seitens der Partei der SR. nicht gegeben. Die Partei hätte sich nur mit Plänen und Absichten getragen. Der Aufstand an der Wolga sei nicht von den SR. organisiert worden, doch trachteten die SR. später, die Aufständischen zu unterstützen. Von der geplanten Organisierung eines Aufstandes in Saratow war Abstand genommen worden, da die „Volks"armee der Konstituantenanhänger gegen Saratow vorrückte. Die Saratower SR. hätten sich nur auf Hilfeleistungen gegenüber den Genossen in Samara beschränkt, die darin bestanden, daß militärische Parteiarbeit geleistet und allgemeine politische, militärische und Auslandsinformation durch die Front geschaffen wurden. Ueber Pläne zur Durchführung von Sprengarbeiten sei von der Saratower Organisation der SR. nichtbereten worden. Es sei darüber nur allgemein gesprochen worden. Die Aussagen Donskojs, Daschjewskijs und Aljtowskijs auf Grund der Fragen Krylentos bestätigten die bekannte Tatsache, die die SR. durch ihre militärischen Komitees auf Ersuchen der französischen Mission in Moskau den serbischen Konsul über die Frontlinie schafften. Aljtowskij behauptet, er habe keinen serbischen Konsul über die Front geschafft, sondern nur drei serbische Offiziere. Ueber die wirkliche Arbeit der SR. in Saratow macht der Angeklagte Daschjewskij Mitteilungen. Seinen Aussagen zufolge **sollte Saratow zum Mittelpunkt eines allgemeinen Aufstandes gemacht werden.** Die größte Hoffnung hatte man auf die aufständischen Uralkosaken gesetzt. Bei der Ankunft Daschjewskijs war die Stimmung der örtlichen Organisationen der SR. infolge einer Reihe mißlungener Bauernaufstände etwas gedrückt; nichtsdestoweniger gab Donskoj, der im Begriffe stand, abzureisen, Daschjewskij keinerlei Richtlinien. Die militärische Arbeit leistete Aftinow, der durch den Oberst Bredichin Nachrichten über die jenseits der Wolga stehende vierte Rote Armee erhielt. Dieser Oberst war mit der Vergrößerung zweier Kavallerieregimenter beauftragt worden, doch ging die ganze Sache in die Brüche, da das Gegenspionagebureau einer Spionageorganisation auf die Spur gekommen war. Es gelang dem Oberst Bredichin, unbemerkt zu verschwinden. Dank den Verbindungen mit dem Stabe der vierten Roten Armee gelangte häufig von dort sehr wichtiges militärisches Nachrichtenmaterial in die Hände der SR., und zwar militärische Befehle, Dislokationen an der Uralfront usw. Dieses Material wurde sofort nach Samara weitergeleitet. Daschjewskij kann sich auf fünf solcher Fälle besinnen.

Gewerkschaftsbewegung

Der hessische Bergarbeiterstreik abgewürgt!

Am Sonnabendnachmittag nahmen die Vertrauensleute des Bergarbeiterverbandes in Kassel zu dem für das hessische Braunkohlengebiet gefällten Schiedsspruche Stellung. Die Gewerkschaftsbureaukraten, die vor Ausbruch des allgemeinen Streikes den Bergarbeitern die größten Versprechungen gemacht hatten, traten jetzt einen schmählichen Rückzug an und empfaßten den Vertrauensmännern die Annahme des Schiedsspruches, der eine vollständige Niederlage der Streikenden und vor allem des Verbandes bedeutet. Der größte Teil der Vertrauensmänner lief zunächst gegen diesen Schiedsspruch Sturm und hielt eine gründliche Abrechnung mit der Taktik der Gewerkschaftsbeamten in diesem Streike.

Immer und immer wieder hatten die einzelnen Belegschaften die Erweiterung der Kampfbasis verlangt, immer hatten die Gewerkschaftsbeamten gesagt, die mitteldeutschen Bergarbeiter stünden Gewehr bei Fuß und würden zur geeigneten Gelegenheit in den Kampf eintreten und zur selben Zeit wurden die Kasseler Werke mit mitteldeutscher Kohle beliefert.

Vierzehn Tage haben die hessischen Bergarbeiter, eine schon vorher wirtschaftlich vollständig ruinierte Arbeiterschaft, gestreikt. Und nun der Schiedsspruch, der nichts anderes als ein Kniefall vor dem Grubenkapital ist!

Nach dem Schiedsspruche sollen die Streikenden nicht wieder geschlossen, sondern einzeln in den Betrieb gehen, die Unternehmer werden so die beste Gelegenheit zum „Sieben" haben. Dann sollen die Streikenden „neu eingestellt" werden. Das bedeutet, daß die Belegschaften, die sich schon vorher größere Rechte erkämpft hatten, nach der „Neueinstellung" auch diese höchstwahrscheinlich verlieren werden.

Der Streik richtete sich vor allem auch gegen die Mißstände, die, wie in Glimmerode, auch auf den übrigen Zechen herrschten. Nichts bringt der Schiedsspruch zu ihrer Beseitigung. Im Gegenteil, er bringt weitere Entrechtung der Bergarbeiter!

Trotz ihrer schweren Arbeit stehen die hessischen Bergleute im Lohne weit hinter allen anderen Arbeitern zurück. Die Gewerkschaftsbeamten hatten versichert, daß der Kampf zugleich um eine Lohnerhöhung ginge. **Der Schiedsspruch erwähnt die Löhne gar nicht!** Kurz gesagt, dieser Schiedsspruch bedeutet bei seiner Annahme eine Niederlage für die Streikenden, wie sie nach dem schweren Kampfe nicht schlimmer gedacht werden kann.

Die Vertreter der größten Zeche im hessischen Braunkohlengebiet, der Gewerkschaft Friedlendorf, verlangten in der Vertrauensmännerkonferenz **die Weiterführung des Streikes bis zur Erfüllung folgender Forderungen:**

1. Einreihung der Randreviere (zu denen auch das hessische Braunkohlengebiet zählt) in die Kernreviere.
2. Restlose Einstellung der Streikenden zu den alten Rechten.
3. Erhöhung der Löhne um 50 Prozent.
4. Entlassung der Streikbrecher und Unorganisierten.
5. Freistellung des Betriebsobmanns und seiner Vertreter.
6. Beseitigung von führenden Personen, die die Wirtschaftlichkeit der Betriebe infolge ihrer Unfähigkeit beeinträchtigt haben.
7. Mitbestimmungsrecht des Betriebsrates bei Urlaubserteilung.
8. Nachträgliche Regelung aller früheren Beschwerden und Ansprüche.

Mit allerlei Ausflüchten und leeren Phrasen versuchten die Gewerkschaftsbureaukraten gegen die Weiterführung des Streikes und diese Forderungen Sturm zu laufen. **Sie verlangten Abbruch des Streikes. Und es gelang ihnen!**

Mit 23 gegen 16 Stimmen beschloß die Vertrauensmännerkonferenz die Annahme des Schiedsspruches und somit die Wiederaufnahme der Arbeit!

Der Streik der hessischen Bergarbeiter, der so prächtig und geschlossen geführt worden war, ist nunmehr schmählich abgebrochen, ohne den Streikenden auch nur die Erfüllung ihrer elementarsten Forderungen zu bringen!

Sabotage der Mehrförderung von Kohle — Einführung von schwarzen Listen

Die Grubenherren im Verein mit der Regierung führen einen hartnäckigen Kampf um die Verlängerung der Arbeitszeit im Bergbau. Sie begründeten die Notwendigkeit von Ueberschichten mit der Tatsache, daß große Mengen englischer Kohle eingeführt werden müssen. Die Tatsache, daß es an Arbeitskräften fehlt, veranlaßt die Regierung, Maßnahmen zu ergreifen, um solche heranzuziehen. Wenn sie aber ein Abwandern von Arbeitern in das Baufach, das höhere Löhne bezahlt, verhindern will durch Herabsetzung der Bauarbeiterlöhne, dann werden die Bauarbeiter entschlossenen Widerstand leisten.

Daß es den Unternehmern gar nicht darauf ankommt, durch Heranziehung aller verfügbaren Arbeitskräfte mehr Kohlen zu fördern, beweist folgende Tatsache. 7000 Bergleute im Kasseler Braunkohlenrevier stehen wegen elender Entlohnung und wegen Beseitigung der geringsten Rechte der Betriebsräte im Streik. Der Streik ist vom alten Verband anerkannt. Eine ganze Anzahl unabhängiger Bergleute wollen ihre Arbeitskraft im Ruhrgebiet anbieten. Der Zechenverband hat aber nichts Eiligeres zu tun, als seinen Mitgliedern die Einstellung solcher Arbeiter zu verbieten, was folgendes Rundschreiben beweist.

Zechenverband. Essen, den 22. Juni 1922.
G. Nr. 2. A. 10037/36.

An die Herren Bergwerksdirektoren!

Wie uns mitgeteilt wird, sind die Arbeiter der Gewerkschaft Glimmerode im Kasseler Braunkohlenbezirk wegen fristloser Entlassung eines Kriegsbeschädigten in den Streik getreten. Die Arbeiter der übrigen Werke im Kasseler Bezirk haben sich diesem Streik insofern angeschlossen, als sie sämtlich gekündigt und die Arbeit niedergelegt haben. Ein Teil dieser Leute, der mit dem Vorgehen des alten Bergarbeiterverbandes nicht einverstanden war, hat sich inzwischen wieder zur Arbeitsaufnahme zurückgemeldet. Für den Fall, daß sich die Arbeiter zum hiesigen Bezirk werden und um Arbeit auf den Zechen nachsuchen sollten, bitten wir Sie ergebenst, keinen dieser Leute anzunehmen, und zwar auch dann nicht, wenn sie inzwischen eine kurze Zeit in einem anderen Berufe gearbeitet haben.

Glück auf!

Die Geschäftsleitung. J. A.: Grave.

Den Unternehmern muß diese Wiedereinführung der schwarzen Listen die richtige Antwort gegeben werden: Verweigerung jeder Ueberschicht!

Vom Tage

Ein Geständnis Großmanns. Berlin, 1. Juli. Der Frauenmörder Großmann hat heute vor Gericht die Tötung von drei Frauen zugegeben, aber die Absicht einer Tötung dieser Frauen bestritten.

Von einer Seemine getötet. Hamburg, 3. Juli. Ein Fischerehepaar wurde nahe bei Lönning bei Zerlegen einer eingeschleppten Seemine getötet. Der Deich wurde erheblich beschädigt.

Aus der Provinz

Arbeiter! Auf die Schanzen!

Für morgen, Dienstag, wird die Arbeiterschaft unseres Bezirks erneut auf den Plan gerufen. Die Spitzenorganisationen haben wiederum einen Aufruf an die arbeitende Bevölkerung erlassen, den wir am Sonnabend an erster Stelle unserer Zeitung veröffentlichten. Demzufolge **ruht morgen, Dienstag, überall die Arbeit mit dem Schluß der Vormittagschicht, spätestens um 1 Uhr. Die Belegschaften der Betriebe gehen in geschlossenem Zuge nach den Demonstrationsplätzen. Dort folgen Ansprachen der örtlich bestimmten Redner.** Sie haben die aufgestellten **Forderungen** an die Regierung und an den Reichstag zu verlesen und eine Abstimmung der Demonstranten über diese Forderungen herbeizuführen.

Auf Grund des Aufrufes der Spitzenorganisationen haben auch **die Bezirksleitungen der KPD., USPD., SPD. und die Bezirkskartelle des ADGB. und der „Afa" die Arbeiterschaft aufgefordert, in allen Orten gemeinsam die Demonstration durchzuführen. Die Funktionäre** der Parteien und Gewerkschaften haben sich als Ordner zur Verfügung zu stellen.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Acht Tage sind seit der letzten Woche verflossen, und noch ist keine einzige unserer Forderungen durchgeführt. Noch immer sind die Reaktionäre an den Stellen, die sie innehaben; noch immer übt die Weiße Justiz „Rechtspflege"; statt der reaktionären Mordgesellen werden unschuldige Arbeiter eingesperrt; Ludendorff, Hindenburg und die anderen Organisatoren der Mordreaktion sind noch nicht verhaftet; die versprochene Amnestie soll anscheinend sabotiert werden. Kann und darf sich das die Arbeiterschaft bieten lassen? Nein! Es darf nicht sein, daß wie in den Vorjahren die Arbeiter wieder über den Löffel barbiert werden.

Diesmal muß durchgegriffen werden!

Wenn die Regierung versagt, muß sie abtreten und einer Arbeiterregierung Platz machen. Allem Anschein nach versagt nicht nur die Regierung, sondern auch der Reichstag. Der von der Regierung angekündigte Gesetzentwurf zum Schutze der Republik bleibt weit weit hinter den Forderungen der Parteien und Gewerkschaften zurück. Es besteht Gefahr, daß statt ein Gesetz gegen die Monarchisten ein solches gegen die revolutionäre Arbeiterschaft daraus wird. Wehe den Parteien, die diesmal den Kampf nicht restlos bis zum Ende durchführen. Wehe der Arbeiterschaft, wenn sie von ihren an und für sich minimalen Forderungen etwas preisgibt. Es würde sich schwer rächen.

Die Forderungen der Spitzenorganisationen lauten:

Sofortiges Verbot und strengste Bestrafung jeder monarchistischen und antirepublikanischen Agitation in Wort, Schrift und Bild.

Verbot und sofortige Auflösung aller monarchistischen oder antirepublikanischen Verbindungen.

Strengste Vorschriften über Säuberung der Regierungsstellen und Behörden, einschließlich der Gerichte und der Reichswehr, von allen monarchistischen oder antirepublikanischen Elementen.

Verbot des Waffentragens außerhalb des Dienstes.

Einsetzung eines Staatsgerichtshofes zur Aburteilung monarchistischer Vergehen, Einziehung des Vermögens Verurteilter, Entziehung von Pensionen und Bezügen.

Die Geltungsdauer dieses Gesetzes ist zunächst auf mindestens zwei Jahre festgesetzt. Vom Reichstag erwarten wir, daß er dieses Gesetz in kürzester Frist verabschiedet und nicht früher auseinandergeht, bis es in Kraft tritt.

Unabhängig hiervon wird gefordert:

Sofortige Amnestie im Reiche und in den Ländern für alle wegen politischer Vergehen Verurteilten mit Ausnahme derjenigen, die im Sinne des Gesetzes strafbare Handlungen begangen haben.

Amnestierung auch für die aus Anlaß des Eisenbahnerstreiks zur Verantwortung Gezogenen. Einstellung aller aus demselben Anlaß eingeleiteten Disziplinarverfahren.

Alle heraus mit den Opfern der Weißen Justiz! Wir fordern auch die sofortige Verhaftung der Ludendorff, Hindenburg, Escherich usw., ebenso die sofortige Absetzung der Orgeschrichter und monarchistischen Staatsanwälte und die Unterdrückung aller reaktionären Verbände und Zeitungen. Dies müssen die ersten Schritte sein, die gegen die Reaktion unternommen werden.

Proletarier, auf die Schanzen! Nur durch Eure Kraft kann die Reaktion niedergeworfen werden!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220703-19/fragment/page=0003

An die Ortsgruppen der KPD.

Wir ersuchen die Vorsitzenden, sofort für die Einsendung der Fragebogen für den Monat Juni sowie die Fragebogen Kommunales und Elternbeiräte Sorge zu tragen. Wir sind nur dann in der Lage, einen Ueberblick über die gesamte Partei zu erhalten, wenn auch die kleinste Ortsgruppe ihre Fragebogen restlos ausgefüllt uns einsendet. Die Fragebogen müssen direkt an die Bezirksleitung gesandt werden.

Die Bezirksleitung Halle-Merseburg.
Georg Schumann.

Die Landarbeiter sollen auch etwas erhalten

In der bürgerlichen Provinzpresse erschien dieser Tage eine Notiz folgenden Inhalts:

„Nach Mitteilung des Landwirtschaftlichen Tarifamtes Sachsen-Anhalt wird es sofort nach Bekanntwerden des Preises für das diesjährige Getreide in Verhandlungen über eine **Lohnerhöhung für Landarbeiter** eintreten. Die dann zu beschließenden Zulagen werden rückwirkend ab 25. Juni gezahlt werden."

Nachdem also die Agrarier die neuen enorm hohen Getreidepreise vom Reichstag bewilligt erhalten haben, werden sie „ihren" Arbeitern auch eine Zulage geben. Viel wird ja nicht herausspringen. Der Deutsche Landarbeiterverband veröffentlicht jetzt dazu in der sozialdemokratischen Presse eine Notiz unter der Ueberschrift:

Lohnbewegung für Landarbeiter

Das Landwirtschaftliche Tarifamt hat zum 7. Juli eine Sitzung des Beirats einberufen. In der Sitzung wird nun endlich der Antrag, der vom Deutschen Landarbeiterverband auf Lohnerhöhung gestellt worden ist, erledigt werden. Die Arbeitgeber werden anerkennen müssen, daß es die höchste Zeit wird, Lohnerhöhungen zuzugestehen, denn innerhalb der zwei Monate, welche seit der letzten Lohnerhöhung vergangen sind, hat sich die wirtschaftliche Lage gewaltig zuungunsten der Arbeiterschaft verschlechtert. Die Preise für alle Lebensbedürfnisse sind rapid in die Höhe gegangen. Die Notlage der Landarbeiterschaft ist dadurch ins ungeheuerliche gestiegen und wer in letzter Zeit Gelegenheit hatte, einen Einblick in die Wohnungen der Landarbeiter zu tun, wird davon überzeugt sein, daß dem so ist.

Nach Pressemeldungen ist der neue Umlagepreis für Roggen auf 8000 Mk. und Weizen auf 8800 Mk. pro Tonne festgesetzt. Es ist demzufolge den Herren Landwirten ein leichtes, wenn das Zugeständnis mitspricht, denen, die die Ernte unter Schweiß und Anstrengung aller Kräfte einbringen, eine der Teuerung entsprechende Lohnerhöhung zuzugestehen.

Der Unwille ist bei der Landarbeiterschaft bis zur Verzweiflung gestiegen. Aus volkswirtschaftlichen Gründen muß daher von Arbeitgeberseite alles aufgeboten werden, um die Störung der Volksernährung, unter der die gesamte Bevölkerung leiden würde, zu vermeiden.

Landarbeiter, bewahrt, bis die Instanzen sich mit der dringenden Angelegenheit beschäftigt haben, die Ruhe!

Es wird also eine mächtige Lohnbewegung diesmal werden, die der DLV. eingeleitet hat. Lange genug hat es ja gedauert. Und wenn der Reichstag die hohen Getreidepreise abgelehnt hätte, wer weiß, was aus der Lohnbewegung geworden wäre.

„Der Feind steht links!"

Wie uns aus Eisleben gemeldet wird, ist unser Genosse Vater wieder aus der Haft entlassen worden, nachdem die Polizeibehörde ihn von hinten und von vorne photographiert hatte, um ihn ins „Verbrecheralbum" aufzunehmen. Selbst Fingerabdrücke wurden vom Genossen Vater abgenommen. Als ob es sich um Rathenaus Mörder handelt.

Die Reaktion in den Verwaltungen sitzt also noch fest im Sattel — trotz Demonstrationen und trotz der Forderungen der gesamten Arbeiterschaft. Wann beginnt denn nun eigentlich die „Reinigung" der Behörden?

Roitzsch

Eine große öffentliche Protestversammlung, einberufen von den drei Arbeiterparteien sowie den Gewerkschaften, gegen die reaktionären Meuchelmörder fand am Mittwochabend in unserem Orte statt. Die Versammlung war sehr gut besucht. Als Referent war der Gewerkschaftsbeamte Lebbin (Bitterfeld) erschienen, der seiner Aufgabe, eine Rede zur Einheitsfront zu halten, leider nicht gewachsen war. Wohl konnte man ihm bis zu einem gewissen Grade voll und ganz zustimmen, aber bald war er ins parteipolitische Fahrwasser geraten, so daß eine Agitationsrede für die SPD. aus seinem Referat wurde. Es kamen Nackenschläge für die KPD., wie USPD. In der Aussprache von einem unserer Genossen darauf hingewiesen, daß man sich am heutigen Abend eine derartige Rede verbitte, da die Zeit dazu für die Arbeiter zu ernst ist, gab Herr Lebbin in seinem Schlußwort zur Antwort, daß er als SPD.-Mann nicht aus seiner Haut heraus könnte. Wir als KPD. und USPD. hätten die krasse Frau SPD. in ihrer Not und Schwäche verlassen, und uns daher als schlechte Kerle erwiesen. Wir hätten daher die Pflicht, wenn wir wieder anständig sein wollten, zu unserer kranken Frau SPD. zurückzukehren. Das nennt ein Herr Lebbin ein Referat zur Einheitsfront! Die Versammlungsbesucher gaben daher des öfteren ihren Unwillen durch Zwischenrufe kund. Eine Resolution mit den Forderungen des ADGB. wurde einstimmig angenommen. Noch nach Schluß der Versammlung waren die Besucher von dem Referate erregt so daß Herr Lebbin der Einheitsfront einen sehr schlechten Dienst erwiesen hat. Solche Leute schaden mehr als sie nützen.

Wolfen

Diebstahl. In einer Farbenfabrik der Aktiengesellschaft für Anilinverwertung sind in der Nacht vom 28. zum 29. Juli 37 Kilogramm Quecksilber in einzelnen Fläschchen und 670 Gramm Silbernitrat in einer Literflasche entwendet worden. Ersterer Stoff hat einen Wert von 20 000 Mk. und letzterer einen solchen von 150 Mk. Der Täter ist nicht bekannt.

Delitzsch

Ein Aktions- und Kontrollausschuß, bestehend aus Vertreter der drei politischen Arbeiterparteien und dem Gewerkschaftskartell, ist hier gebildet worden. Ein Aufruf wendet sich an die gesamte Arbeiterschaft, morgen, Dienstag, geschlossen für die Durchführung der aufgestellten Forderungen zu demonstrieren. Alle Arbeiter, Angestellten und Beamten müssen auf dem Plan erscheinen. Es darf nicht eher lockergelassen werden, bis die Reaktion am Boden liegt.

Torgau

Der Rußlandfilm wird am Donnerstag auch hier vorgeführt werden. Es finden drei Vorführungen statt und zwar nachmittags 4 Uhr, abends 7 und 9 Uhr im „Schützenhaus". Die Arbeiterschaft wird jetzt schon auf den interessanten Film, der überall den größten Anklang gefunden hat, aufmerksam gemacht.

Jeßnitz

Gemeinderatssitzung. Gegen die Stimmen der bürgerlichen Vertreter wurde beschlossen, eine Auslosung der für den Schätzungswert zu verpachtenden Nutzungen der städtischen Sauerkirschen- und Pflaumenstrecke sowie zweier Hartobstanpflanzungen unter Minderbemittelten, die nicht selbst Obst ernten, vorzunehmen. Bei der Beratung des vorgelegten Voranschlages für den Gemeindehaushaltsplan vom Rechnungsjahr 1922/23 wurde von sozialdemokratischer Seite eine Entschädigung der Stadtverordneten für die Teilnahme an den Sitzungen angeregt. Diese Frage soll von den einzelnen Gruppen besprochen werden. Dem Bürgerlichen Lange erschienen die Beiträge der Landgemeinden Roßdorf, Bobbau, Siebenhausen und Alt-Jeßnitz zu niedrig. Stadtverordneter Spitzbarth (Soz.) trat dafür ein, die den Bestrebungen zur Bekämpfung der Schundschriften zuwiderhandelnden Buchbindergeschäfte nicht mehr zu unterstützen. Infolge Begehrs des Ausschusses für Jugendpflege ist ein zweiter Badeplatz für Schwimmer in dem Spittelwasser angewiesen worden. Wegen Verseuchung der Mulde durch Phenol hat die anhaltische Staatsregierung auf Grund der bei der Wasseruntersuchung gemachten Feststellungen die preußische Regierungsstelle Merseburg ersucht, Verhütungsmaßregeln zu treffen. Die Durchlegung der Gartenstraße nach der Feldstraße dürfte 90 000 Mark erfordern. Zu Straßenpflasterungen werden Rücklangen gemacht. Das Ausroden der trockenen Obst- und Zierbäume wird fortgesetzt. Da der städtische Haushaltungsplan bei der Unbestimmtheit der Höhe der Steuererträge noch nicht festgestellt werden kann, brach man die Verhandlung ab. Der vorläufige Fehlbetrag beläuft sich auf 300 000 Mk.

Roßdorf bei Jeßnitz

Noch nie dagewesene Holzpreise. Bei einem öffentlichen Verkaufe kiefernen Nutzholzes aus dem anhaltischen Staatsforstbezirk Pöplitz wurden für die einzelnen Lose mit 6 bis 30 Stämmen Gebote von 2500 bis 19 900 Mk erzielt.

Boykott den bürgerlichen Zeitungen
Boykott allen Geschäftsfirmen

die Handlangerdienste der Reaktion leisten. Heraus aus dem Hause mit diesen arbeiterfeindlichen Blättern, an ihre Stelle trete der „Klassenkampf", der die Interessen aller Werktätigen vertritt!

die mit den Stahlhelmbrüdern an einem Strange ziehen und dem „Klassenkampf" ihre Geschäftsanzeigen vorenthalten. Arbeiter, Angestellte, Beamte, kauft nur bei den „Klassenkampf"-Inserenten!

K·P·D

Kommunistische Partei Deutschlands

Bezirksleitung für Halle-Merseburg.

Bureau und Kasse: Lerchenfeldstraße 14. Fernsprecher 1473. — Postscheckkonto Leipzig 107001. Arthur Sämisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachm. geschlossen.

Versammlungen.

Ortsverein Halle.

Bureau: Lerchenfeldstraße 14, Fernspr. 1473. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 1 und 4 bis 7 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Distrikte 9, 9a und 10. Dienstag, den 4. Juli, abends 8 Uhr, erscheinen sämtliche Frauen unserer Genossen in „Loeits Hof", bei Schnabel, zu einem sehr wichtigen **Vortrag.**

Halle-Saalkreis.

Bezirksleitung. Mittwoch, 5. Juli, nachmitt. 4 Uhr: **Sitzung.**

Bruckdorf. Mittwoch, 5. Juli, abends 8 Uhr, **Mitgliederversammlung** der ganzen Ortsgruppe im „Burgschlößchen".

Könnern. Mittwoch, 5. Juli, abds. 8 Uhr, im „Bürgergarten": **Mitgliederversammlung.**

Sennewitz. Dienstag, 4. Juli, abds. 1/2 8 Uhr, im Gasthof „Zum schwarzen Adler": **Oeffentliche Volksversammlung.** Thema: „Was ist zu tun?" Referent anwesend.

Kreis Torgau.

Torgau. Montag, 3. Juli, abends 8 Uhr, im Lokal „Scharfe Ecke": **Wichtige Funktionärsitzung.**

Unterbezirk Sangerhausen:

Sangerhausen. Mittwoch, 5. Juli, abds. 8 Uhr, **Mitgliederversammlung.**

Alle Ortsgruppen der KPD. die Veranstaltungen vornehmen und hierzu **Drucksachen** benötigen, sind verpflichtet, diese in unserer Druckerei herstellen zu lassen.

Achtung! Achtung!

Meiner werten Kundschaft und denen, die es werden wollen, zur Kenntnis, daß ich

Seebener Str. 171

ein **Zweiggeschäft** meines

Obst- u. Gemüsegeschäfts

eröffnet habe.

Führe nur prima Waren zu billigsten Tagespreisen. 2752

Frau Ww. Frietz, Körnerstr. 6.

Leeres Zimmer (Flurstube) möglichst mit Keller u. Wasserleitung **zu mieten gesucht.** Off. unter Kl. 2748 an die Exp. d. Bl.

Schulbücher empfiehlt die **Volksbuchhandlung** Harz 42/44.

Es hat sich herumgesprochen, daß

Grünstraße 29

die höchsten Preise für Rohprodukte gezahlt werden, und zwar:

Altpapier pro Kilo	3-5 M.	Kupfer pro Kilo	60-72 M.
Bücher u. Zeitungen Kilo bis	4-6 „	Rotguß „ „	50-56 „
Lumpen pro Kilo	2-4 „	Messing „ „	30-40 „
Alteisen „ „	4,20 „	Blei u. Zink „ „	16-22 „

Außerdem zahle für **Felle, Knochen, Flaschen usw.** höchste Tagespreise.

M. Meißner, Grünstraße 29.
Nähe Walhalla. Telephon 2131. 2750

Ansichtspostkarten empfiehlt die **Volksbuchhandlung.**

Eisleben

Arbeitsamt Eisleben.
Herrenstraße 10. Fernsprecher 131.
Gewerbliche Abteilung (Herrenstraße 10).

a) **Arbeitsuchende:** Bildhauer, Buchbinder, Bureaugehilfen u. Kontoristen, Chauffeur, Fleischer, Invaliden f. l. Arbeit, Lithograph und Zeichner, Polsterer und Dekorateur, Sattler (selbständig). Stellmacher.

b) **Offene Stellen:** Bäcker, Berg- u. Hüttenarbeiter, Buchhalter (ausw.), Dachdecker, Dreher, Friseure, Holzbildhauer, Maler, Maurer, Schneider, Schmiede, Schlosser (ält.), Stellmacher, Tischler. 376

Landwirtschaftl. Abteilung (Herrenstr. 10):

a) **Arbeitsuchende:** Aufseher, Flurhüter, Hofmeister, Gespannführer (verh.), Gutsstellmacher (verh.), Gutsschmiede (verh.), Tagelöhner (verh.), Oberschweizer (verh.), Schweizer (verh.), Schäfer (verh.), Gärtner (led).

b) **Offene Stellen:** Burschen für alle landwirtschaftliche Arbeiten, Unterschweizer, Eleven, Knechte (ed.), Landarbeiterinnen.

Abteil. Lehrlinge (Landratsamt, Zimmer 6).

a) **Stellensuchende:** Maurer, Optiker, Schlosser, Schuhmacher, Zimmerer.

b) **Offene Stellen:** Bureaulehrling, Bäcker, Dachdecker, Drogenlehrling, Friseure, Gerber, Gärtner, Holzbildhauer, Installateure, Klempner, Maler, Polierer und Dekorateur, Sattler, Schmiede, Schneider, Schornsteinfeger, Tischler.

Weibliche Abteilung (Plan 7, Zimmer 4).

a) **Arbeitsuchende:** Bureaugehilfinnen, perfekte und Anfängerinnen, Lehrmädchen für Geschäft, Plätterinnen, Verkäuferinnen, Waschfrauen, Krankenpflegerin.

b) **Offen: Stellen:** Arbeiterinnen, Aufwartungen, Dienstmädchen aller Berufsgruppen, Hausmädchen für Güter, Küchen-, Haus- und Zimmermädchen für Hotels im Harz, Bureaugehilfin (perf. in Schreibmaschine u. Stenograph.), Mädchen für Stallarbeit, Mamsells für Güter.

Stadttheater

Dienstag, den 4. Juli, Anf. 7 1/2, Ende 10 Uhr:
Erstaufführung:
Willis Frau
Ein heiter Familienstück v. Reimann u. Schwartz.
2753 Mittwoch:
Mignon.

Walhalla
Täglich 8 Uhr
Ungeheurer Erfolg.
Massenbesuch.
10 Sensationen.
Ermäßigte Preise.

Stiefeln w. mit **Kernleder** billig besohlt u. ausgebessert
Bahrmann, 481
Lerchenfeldstraße.

Werbt für die Produkt.-Genossenschaft

Perfekte
Stenotypistin
(zuverlässige Genossin) **gesucht.**
Bewerbungen mit Empfehlung der Parteiorganisation zu richten an **Wilhelm Pieck, Berlin C. 54, Rosenthalerstraße 38.** *574

Für ein **Erholungsheim im Harz** wird als **Stütze** der leitenden Schwester eine entsprechend vorgebildete

weibl. Kraft

gesucht. Angebote mit Lebenslauf sofort erbeten.
Offert. unt. **Kl. 2756** a. d. Exp. d. Bl.

Tüchtige
Fassadenputzer
für hiesige Baustellen sofort gesucht.
J. Hensel & Müller,
2751 **Cauneaer Weg 2.**
Meldungen nach 5 Uhr: Seebener Straße 32.

Leipziger Straße 88. UT **Alte Promenade 11a**

Der Weltberühmte Film:
Madame Dubarry.
Drama in 7 Akten.
Regie: **Ernst Lubitsch.**
2754
Halle im Film
1. Teil.
Hochinteressante, kürzlich in Halle erfolgte Aufnahmen.
Beginn: 4 Uhr.

Nur noch bis Donnerstag:
Der große Erfolg:
Das Weib des Pharao.
Der gewaltigste Großfilm des Jahres.
Regie: **Ernst Lubitsch.**
Täglich: 4.00 6.15 8.30.
Einlaß 3.00 Uhr.

Sowjetsterne
wieder eingetroffen.
Bezirks-Zentralbuchhandlung
Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14
und deren Filialen. F

Möbel jeder Art
empf. in großer Auswahl
G. Schalble
Möbel-Fabrik
Große Märkerstr. 28 am Ratskeller. 482

Allg. Ortskrankenkasse der Stadt Merseburg.
Laut Reichsgesetz vom 9. Juni 1922 sind vom 7. Juli 1922 an Angestellte in gehobener Stellung wieder versicherungspflichtig, wenn der Jahresarbeitsverdienst 72 000 Mk. nicht übersteigt.
Die Arbeitgeber werden daher ersucht, die Angestellten, die der Versicherungspflicht neu unterliegen, innerhalb 14 Tagen bei der Kasse anzumelden. 1225
Der Vorstand.
Otto Dietzel, Vorz.

Wir suchen zu kaufen:
Alte Jahrgänge der Neuen Zeit zu Bibliothekszwecken. Gleichzeitig ersuchen wir alle Genossen, ehe sie Bücher veräußern, sie uns zwecks Ankauf anzubieten.
Die Bezirks-Zentralbuchhandlung,
Halle (Saale), Lerchenfeldstraße 14.

Bekanntmachung.

Der Bezirksausschuß zu Merseburg hat den von den städtischen Körperschaften am 10./20. April 1922 beschlossenen Nachtrag zur Schankerlaubnisteuer-Ordnung genehmigt und der Oberpräsident der Provinz Sachsen hat seine Zustimmung dazu zunächst auf die Dauer eines Jahres ausgesprochen.

Der Nachtrag liegt im Stadtausschußbureau, Schmeerstraße 1, III, zur Einsicht aus.

Halle, den 27. Juni 1922.
2749 **Der Magistrat.**

Merseburg.

Zentralverband d. Schuhmacher
Geschäftsstelle Weißenfels.

An alle Jugendlichen des Zentralverbandes der Schuhmacher!
Jugendkollegen u. Kolleginnen!
Dienstag, den 4. Juli, abends 7 Uhr, findet im **Wintergarten-Volkshaus:**
Versammlung der Jugendlichen
beiderlei Geschlechts, soweit sie das 18. Lebensjahr nicht überschritten haben, statt.

Jugendkollege Frohl referiert über die Richtlinien des ADGB. zur Förderung der Jugendbewegung innerhalb der Gewerkschaften. Im weiteren werden organisatorische Maßnahmen zum Schutze der Jugend besprochen. Wir erwarten zahlreiches und pünktliches Erscheinen.
1224 **Die Ortsverwaltung.**

Maler oder Lackierer
(tüchtig im Fach) 1226
selbständig, für dauernde, gutbezahlte Stellung **sofort gesucht.**
Hugo Schwimmer, Möbelfabrik, **Merseburg, Neumarkt 22.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220703-19/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis

Halle, den 3. Juli 1922

Arbeitsruhe am Dienstag

Arbeiter, Angestellte und Beamte!

Die Unterzeichneten fordern die werktägige Bevölkerung auf, sich am Dienstag, dem 4. Juli an der

Demonstration

zu beteiligen. In allen Betrieben müssen sofort Vorbereitungen getroffen werden, daß die Arbeit am Dienstag um 1 Uhr mittags bis auf die Notstandsarbeiten eingestellt werden kann. Die Arbeiter, Angestellten und Beamten begeben sich dann nach 1 Uhr in geschlossenen Zügen vom Betriebe aus direkt nach dem Roßplatz, wo die Demonstration ihren Anfang nimmt.

Bei der Demonstration haben sämtliche Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre als Ordner mitzuwirken. Sie finden sich zwecks Entgegennahme von näheren Anweisungen bis 1½ Uhr am Wasserturm auf dem Roßplatz ein. Jeder Funktionär hat sich durch einen Ausweis als solcher zu legitimieren.

Ortsverein der SPD.: Robert Heine.
Ortsverein der USPD.: Karl Reiwand.
Ortsverein der KPD.: Willi Sachse.
Gewerkschaftskartell Halle: Oskar Fiedler.
Ortskartell der Afa: Alfred Deininger.

Achtung, Mitglieder der Union der Hand- und Kopfarbeiter!

Wir fordern hiermit unsere Mitglieder auf, sich an dem von den drei Arbeiterparteien proklamierten Generalstreik am Dienstag restlos zu beteiligen. **Bezirksleitung Mitteldeutschland.**

Demonstration

Wie oft schon, Genossen, sind wir marschiert? Wie oft schon —! Damals im Kapp-Putsch, dann nach dem Meuchelmord an Gareis, an Erzberger, dann gegen die Wucherer, dann für die Erhaltung des Achtstundentages zur Verteidigung unserer eroberten Rechte. In gewaltigen Massen waren wir da, am Weltfeiertag des Proletariats, dem 1. Mai, zu Tausenden waren wir da, wir Arbeiter. Wir fühlen die Macht, die in uns liegt, die Macht, Millionen gekreuzter Arbeiterarme. Wir wußten und wir wissen um unsere Stärke, die gegen unsere Klassenfeinde angesetzt, alles niederringen, alle Hindernisse aus dem Weg räumen könnte. — Sah jeder klar den Weg, der zu gehen ist? Karl und Rosa warnten. Sie wiesen uns so oft die Straße, die zum Ziele führt. Wir sind sie nicht gegangen, nicht geschlossen als proletarische Klasse. Nur ein Vortrupp, unsere kommunistischen Kameraden, ging den Weg. Sie kämpften, schlugen sich mit unseren Todfeinden — wir ließen sie allein!

Wiederum überfluten unsere Leiber den großen Platz, Fahnen wehen so rot wie das heilige Blut unserer gefallenen Genossen! Die „Republik" ist in Gefahr? Wir kommen zu ihrem Schutz, die Tausende aus unseren Reihen niederschlug! Die schwarzrotgoldene ist in Gefahr —, nicht die unsere, nicht die Republik des Proletariats! Die konterrevolutionäre Mördergesellschaft hat wieder einen zur Strecke gebracht — keinen aus unseren Reihen. Ein Mensch, einer von denen, die hoffend und beschwichtigend zwischen den Schützengräben der proletarischen und der konterrevolutionären Front umherpendeln. — Die Reaktion will klares Gefechtsfeld. Wir Arbeiter auch. Genossen, keine Illusionen, sehen wir uns auf die Fäuste, nicht auf den Mund!

Wir Arbeitervolk werden dem konterrevolutionären Angriff uns entgegenstemmen und ihn niederschlagen. Für unsere Sache. Genossen! Schließt die Front, wir werden, wir müssen siegen!

Die Mordhelfer bestätigen

Von all denen, die politisch und gesellschaftlich zu der Organisation der Meuchelmörder in engster Verbindung stehen und von dem Spitzel Claus-Radabus in der Oeffentlichkeit durch die Berichte des „Vorwärts" erwähnt wurden, hat bisher jeder einzelne durch eine „Berichtigung" bestätigt, daß er die Mörderorganisation oder die von ihr angestellten Lumpen und Spitzel mit reichlichen Geldmitteln unterstützt hat. Und es ist kein Zufall, daß diese Geldgeber nicht nur einfache Mitglieder der Deutschnationalen Volkspartei sind, sondern in dieser Partei einflußreiche Stellungen einnehmen. Die gesamte deutschnationale Presse bemüht sich krampfhaft, von diesen Mörderorganisationen loszukommen. Dabei aber muß sie selbst die Fäden aufdecken, die zu den Zentralen ihrer Partei laufen und bestätigen, daß ihre Führer die Hände im Spiel haben und daß die Mörderorganisation über das ganze Reich läuft und gut ausgebaut ist.

Halle spielt in diesem Verschwörernetz eine besondere Rolle, und zwar dadurch, weil hier das ganze Spitzelgesindel seinen Hauptsitz hat. Sowohl der ermordete Spitzel Hartung wie auch Claus-Radabus, Weider und andere haben sich längere Zeit hier herumgetrieben und wurden von hier aus mit Geldmitteln reichlich unterstützt. Das bestreitet auch der Rechtsanwalt Hirsch in seiner „Berichtigung" nicht, dem „von Herren Mittel zur Verfügung gestellt wurden, die mit den jungen Leuten (den Mördern Mesebergs, Die Red.) befreundet waren". Bereits am Sonnabend haben sich mehrere Zeugen erboten, um nachzuweisen, daß sowohl Hartung wie Claus von Rechtsanwalt Hirsch, der nach ihren Angaben die Gelder der Geheimorganisation (Pinkertongesellschaft) zu verwalten hatte, größere Summen erhalten haben. Hartung hat sehr oft größere Summen, die der Hauptmann Hirsch bei seinem Bruder, dem Rechtsanwalt Hirsch, anwies erhalten. Als dann Hartung der ganzen Organisation unbequem wurde und immer weitere Mittel verlangte, wurde er in München ermordet. Der Spitzel Claus wird noch viel schwerwiegenderes Material auf Lager haben und wird aufzeigen können, daß die Fäden bis zu Beamten des Ministeriums des Innern laufen. Wenn Claus einmal ganz auspacken wird, dann werden noch eine ganze Reihe Hallescher Bürger schwer belastet. Diese werden dann vielleicht ebenfalls „berichtigen", daß sie nur aus „Mitleid", oder „um den lästigen Menschen loszuwerden", 3000 Mk. und mehr gegeben haben, oder, wie in der „Halleschen Zeitung" vom Sonnabend von dem Baron Knigge „berichtigt" wird, der dem Spitzel Claus mehrere Male und auf dringende Hilferufe aus Schneidemühl, wo er von dem Grafen von der Schulenburg untergebracht worden war, Geldunterstützung gesandt hat und wo dann falsche Papiere auf den Namen Radabus ausgestellt wurden.

Wie menschenfreundlich sind doch diese Leute, die den in Not sich befindlichen Spitzeln und Mördern Geld und falsche Papiere geben. Schade, daß unsere gehetzten Spartakusleute diese Adressen nicht gewußt haben. Ihnen hätten sie sicher auch aus reinem Mitleid Gelder und falsche Papiere gegeben. Dann brauchten sie wenigstens heute nicht zu „berichtigen", daß „ihre Wohltätigkeit" von einem raffinierten Schwindler mißbraucht worden ist.

Die Arbeiterschaft wird sich durch solche Manöver nicht von den notwendigen Maßnahmen abbringen lassen, die durchgeführt werden müssen, um endlich mit den Mörderorganisationen und Mörderparteien abzurechnen.

*

Am Freitag wurden in der Reilstraße die Genossen Peter und Gneist aus Könnern, die seit den Märzkämpfen flüchtig waren, von Kriminalbeamten verhaftet. Sie glaubten, daß sie sich durch die Ankündigungen einer Amnestie wieder frei bewegen dürften. Sie haben sich darin geirrt, denn die monarchistischen Staatsanwälte denken gar nicht daran, ihre Opfer aus den Händen zu lassen. Sieht so etwa die Durchführung des Berliner Abkommens aus, oder soll so die Durchführung der Amnestie gehandhabt werden? Anstatt das ganze Verschwörernest in Halle mit dem Leunant Schaum als Leiter der Organisation C, den Spitzel Weider, und alle die, die mit der Mörderorganisation in Verbindung stehen, zu verhaften, werden unsere Genossen verhaftet. Wir verlangen, daß unsere Genossen sofort wieder freigelassen werden.

*

Seit einigen Tagen reist der Kassierer und Akquisiteur der Wach- und Schließgesellschaft, der frühere Sipo-Offizier Vogt, wohnhaft bei Apel, Glauchaer Straße 40l, in voller Uniform eines Sipo-Offiziers, mit umgeschnalltem, scharfgeschliffenem Säbel und mit einer grünen Legitimationskarte als Sipo-Offizier herum. Die Behörden haben die Pflicht, auf das Treiben dieses ehemaligen Sipo-Offiziers zu achten.

Heute abend 8 Uhr findet im großen Saale des „Volkspark" eine

Mitglieder-Versammlung der KPD.

statt. Die außerordentlich gespannte politische Lage zwingt uns, so schnell wie möglich zusammenzukommen. Alle Mitglieder werden verpflichtet, pünktlich zu erscheinen.

Die Ordnertrupps treffen sich bereits um 7 Uhr. Mitgliedsbuch der Partei ist vorzuzeigen.

Arbeiter, kämpft alle in der Einheitsfront!

Mit der Firma Schmidt & Spiegel in der Magdeburger Straße haben wir uns schon öfter beschäftigen müssen. Nachdem man erst kürzlich den Betriebsrat abgeschoben hat, geht jetzt der Besitzer, Baron von Forstner, dazu über, alle im Geruch sozialistisch-kommunistischer Gesinnung stehenden Arbeiter zu entlassen. Er will seinen Betrieb rein haben von allen Elementen, die den Achtstundentag hochhalten oder auch einmal streiken, wenn die proletarischen Organisationen zum Kampfe rufen. So wurden am Donnerstag wieder einige Arbeiter entlassen, die am Dienstagmittag an der Demonstration teilgenommen hatten und sich weigerten, Ueberstunden zu leisten. Die Arbeiter in diesem Betriebe haben, mit Ausnahme von vier Mann, am Dienstag voll gearbeitet. Selbst der jetzige Betriebsrat hat sich an den Aufruf der proletarischen Organisationen nicht gekehrt und hat gearbeitet.

Auch in der Tongrube in Lieskau wurde am Dienstag ebenfalls zum Teil gearbeitet. Auch hier ging der Betriebsrat mit „gutem Beispiel" voran, anstatt die Arbeiter aufzufordern, sich geschlossen an der Kundgebung zu beteiligen.

Die Arbeiter dürfen sich durch solche Betriebsratsmitglieder nicht abhalten lassen, die Kampffront des einig dastehenden Proletariats zu stärken. Heute darf keiner fehlen! Alle müssen sie gegen die drohenden Gefahren kämpfen. Und wenn alle Arbeiter in der proletarischen Einheitsfront aufmarschieren, ist der Sieg des Proletariats über seine Feinde gewiß.

Der „neutrale" Postgesangverein

Ein Postbeamter schreibt uns:

Unter der „neutralen" Flagge segelt alles, was konterrevolutionär ist. So auch der Hallische „neutrale" Postgesangverein, der kürzlich in Wittenberg außer dem Sängerbunde an der Saale von Halle an dem Sängerfest teilnahm. Diese neutralen Gesangvereine brachten ihre Freude an dem Rathenaumord dadurch zum Ausdruck, daß sie „Heil dir im Siegerkranz" stehend sangen. Als die republikanisch gesinnten Anwesenden sitzen blieben und ganz empört über dieses freche Treiben sich äußerten, wurden sie angeschrien: „Raus, ihr Lausejungens, ihr Lümmels!" Ein Postbeamter schrie wie wild: „Es ist gut, daß Rathenau ermordet ist; alle müßten runter. Was brauchen wir die Juden!"

Die Arbeiter werden in ihrem Kampfe, alle republikanischen Behörden und Betriebe von den reaktionären Beamten zu säubern, auch die Post nicht vergessen. In diesem Kampfe werden ihnen die republikanisch gesinnten Beamten zur Seite stehen.

Hallischer Gastwirte-Terror

Nachdem die Gastwirte den Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses abgelehnt haben, ist bereits am Sonnabend ein großer Teil zur Aussperrung der Angestellten übergegangen. Diese Maßnahmen haben die Gastwirtsangestellten veranlaßt, in einer Versammlung zu der Aussperrung Stellung zu nehmen und einstimmig beschlossen, überall, wo der Schiedsspruch nicht anerkannt wird, aus den Betrieben zu gehen. Ueber 30 Wirte haben sich durch Unterschrift bereits verpflichtet, die alten Abmachungen anzuerkennen.

Unter den Wirten, die den Schiedsspruch nicht anerkannt haben, befinden sich auch die Geschäftsführer von Bad Wittekind und Zoo, auch sie haben sich an dem Rechtsbruch beteiligt und wollen ihr Bedienungspersonal zwingen. Wir verlangen von dem Dezernenten, daß er hier sofort eingreift, damit der Stadt nicht noch größere Einnahmen verlorengehen.

Reichs-Arbeiter-Sporttag

Nachdem der Reichs-Arbeiter-Sporttag wegen der schlechten Witterung mehreremals verschoben werden mußte, konnten die Arbeitersportler gestern endlich ihre Werbewoche mit einem großen Umzuge und mit großen Veranstaltungen beschließen. Kurz nach 1 Uhr setzte sich ein großer Demonstrationsumzug vom Roßplatz aus in Bewegung. Die Beteiligung der Arbeitersportler war überaus stark. Durch die Stein-, Poststraße, die Promenade hinunter ging es nach der Peißnitz. Die Vorführungen der Schwimmer, die Vorbeifahrt der Kanu-Abteilung sowie das Reitungsschwimmen erregten das Interesse von Tausenden. Kopf an Kopf stand die Menge an den Ufern entlang. Die leichtathletischen Kämpfe sowie die anderen Aufführungen der Sportler waren durchweg gut und ernteten den Beifall der Zuschauer. Der gestrige Tag hat bewiesen, daß die Arbeiter-Sportbewegung gut vorgeschritten ist und der bürgerlichen nicht nachsteht. Dadurch ist auch die Gewähr gegeben, daß die Arbeiter-Sportbewegung weiter vorwärts schreitet und daß auch der letzte Arbeiter, der heute noch in bürgerlichen Sportvereinen ist, den Weg findet zu seinen Klassengenossen.

*** Muß erst ein Unglück geschehen?** Am Restaurant „Bürgerkasino", Ecke Bertram- und Jakobstraße, ist am Eingang der Pfeiler, der das Türgitter hält schadhaft geworden, so daß der obere Teil jeden Augenblick herabzufallen droht. Der Hauswirt und auch der Pächter weigern sich, die notwendigen Reparaturen ausführen zu lassen. Die Baupolizei ist bereits vor einigen Tagen auf diese Gefahr für die dort zahlreich spielenden Kinder hingewiesen worden. Bis jetzt aber hat sie noch nicht eingegriffen. Wir hoffen, daß diese Mahnung genügt, um die Gefahr zu beseitigen.

*** Ein rabiater Badeanstaltsbesitzer.** Ein Arbeiter teilt uns mit: Als ich am Dienstagabend auf den Pulverweiden spazieren ging, kam plötzlich der Besitzer des Florabades, Herr Kurt Herold, aus seiner Badeanstalt und stürzte sich auf jeden, der sich auf der Wiese befand und bezeichnete die dort spazierengehenden Arbeiter als Hungerpack und Kumtreibergesindel. Einen Arbeiter mißhandelte er so schwer, daß er am nächsten Morgen gar nicht zur Arbeit gehen konnte. Und doch ist Herr Herold froh, wenn ihn das Hungerpack, zu dem er auch sicher den Arbeiter-Schwimm-Klub rechnet, der dort sein Vereinsbad hat, unterstützt.

*** Wohnungsbauabgabe.** Vom Magistrat wird uns geschrieben: Hier und dort begegnet man der Auffassung, daß die Wohnungsbauabgabe, die gegenwärtig erstmalig eingezogen wird, von der Stadtgemeinde für allgemeine Verwaltungszwecke in Anspruch genommen werde und daß nur ein Teil davon dem Wohnungsbau zufließe. Demgegenüber weist der Magistrat darauf hin, daß das Erträgnis der Wohnungsbauabgabe restlos dem Wohnungsbau zugute kommt. Mit Rücksicht auf die Gemeinnützigkeit des angestrebten Zweckes hat die Stadtverwaltung sogar auf den ihr gesetzlich zustehenden Ersatz der Mehraufwendungen verzichtet, die durch die Erhebung des gemeindlichen Anteiles entstehen.

*** Kalk- und Steinträger.** Am Dienstagabend 6 Uhr Besprechung in der Produktivgenossenschaft.

* **Zur Einführung des Reichsmietengesetzes.** Der Magistrat schreibt uns: Dem Vernehmen nach ist nicht damit zu rechnen, daß die auf Grund des Reichsmietengesetzes und der preußischen Ausführungsanweisung zu erlassende Bekanntmachung des Magistrats bereits vor dem 1. Juli veröffentlicht wird. Die nach Anhörung des Haus- und Grundbesitzervereins und der Ortsgruppe Halle des Deutschen Mieterverbandes gefaßten Beschlüsse liegen zurzeit dem Regierungspräsidenten zur Genehmigung vor. Die Einspruchsfrist läuft erst Ende der nächsten Woche ab. Das Inkrafttreten des Reichsmietengesetzes wird durch die Verzögerung nicht berührt, da der 1. Juli als Tag des Inkrafttretens reichsgesetzlich festgelegt ist.

Ammendorf

Auf zur Demonstration! Die Arbeiterschaft von Ammendorf wird am Dienstag bis Mittag 1 Uhr durcharbeiten und marschiert dann geschlossen aus den Betrieben nach dem Schillerplatz. Die Betriebsräte haben für Ordner zu sorgen. Auf dem Schillerplatz ist große Demonstrationsversammlung. Arbeiter und Angestellte, erscheint in Massen. Zeigt der Reaktion, daß ihr gewillt seid, die Forderungen der Spitzenorganisationen restlos durchzusetzen. Nach Schluß der Demonstrationsversammlung findet eine Vollversammlung der Betriebsräte sowie der Funktionäre aller Parteien und Gewerkschaften im Helms Lokale statt. — Am Mittwoch, abends 8 Uhr, findet im „Bergschlößchen" eine Mitgliederversammlung der KPD. statt. Kein Mitglied darf fehlen.

Lochau

Die Arbeiterschaft von Döllnitz, Lochau und der umliegenden Ortschaften zieht geschlossen von ihren Arbeitsstellen am Dienstagmittag 1 Uhr zum Gasthof Lochau (Schulze). Dort findet um ½2 Uhr eine große Demonstrationsversammlung statt.

Aus der Provinz

Naumburg a. S.

Totgequetscht wurde auf dem Hauptbahnhofe der 25jährige Maschinenschlosser Viol aus Beichlingen durch eine führerlose Lokomotive, auf der sich der Stellhebel gelöst hatte, so daß sie über die Drehscheibe hinweg in den Maschinenschuppen fuhr, den Mann an die Wand drückte und die Wand niederlegte.

Raguhn

Wüstling. Ein früherer hiesiger Polizeiwachtmeister Namens Paul Puhlmann aus Klieken (Kreis Zerbst) hat sich des Sittlichkeitsverbrechens an der elfjährigen Kaufmannstochter Hertha Schauer von hier schuldig gemacht. Der Wüstling, der jetzt als Straßenbahnwagenführer in Dessau angestellt ist, befindet sich seit März dort in Untersuchungshaft, weil er sich in ähnlicher Weise an einem schwachsinnigen zehnjährigen Schulmädchen aus Radeben bei Roßlau vergangen hat. Durch dieses Strafverfahren ist nun das vorher begangene fortgesetzte Notzuchtsvergehen an den Tag gekommen.

Coswig

Die Kundgebung gegen die Reaktion war hier so stark besucht, daß das große „Volkshaus" die Massen nicht alle aufnehmen konnte. Anschließend an die Versammlung bewegte sich ein Demonstrationszug durch die Stadt, an dem etwa 3000 Personen teilnahmen. Eine solche Menge war in unserem kleinen Orte noch nie auf den Beinen. Die letzten Provokationen des Stahlhelms hatten die Arbeiter mächtig empört; einzelne dieser Provokateure bekamen dies auch zu spüren. Dabei stellte sich heraus, daß in diesen Tagen eine Fahne eintreffen sollte, die „geweiht" werden sollte. Das ist nun vereitelt worden. Diese Banditen, die sich nur stark fühlen mit dem Revolver in der Hand, mögen sich die Vorfälle zur Warnung dienen lassen.

Nordhausen

Ein schweres Unglück ereignete sich auf der Ziegelei von Rudolph Schulze u. Co. am Hohlungshügel. Beim Ausschachten eines Kellers in einem vor der Vollendung stehenden Neubaue brach das Kellergewölbe ein, was zur Folge hatte, daß der Neubau in sich zusammenbrach und die im Keller Arbeitenden unter sich begrub. Die andauernde Nässe der letzten Zeit soll auf die Fundamentierung des Hauses einen besonderen Einfluß ausgeübt haben. Von einstürzenden Steinmassen des Neubaues wurde der 24jährige Steinsetzmeister Otto Sonnabend aus Nordhausen erschlagen. Schwer verletzt wurden der Maurer Hoppmann aus Nordhausen und der Arbeiter Ludwig Bielen. Sie wurden in das städtische Krankenhaus eingeliefert. An ihrem Aufkommen wird gezweifelt.

Magdeburg

Umbenennung von Straßen. Der Magistrat beschloß in seiner letzten Sitzung, dem Polizeipräsidium vorzuschlagen, folgende Straßenzüge umzubenennen: die Königstraße in Rathenaustraße, die Kaiserstraße in Republikstraße, den Kaiser-Wilhelm-Platz in Friedens-Platz, die Kaiser-Wilhelm-Straße in Friedensstraße, die Wilhelmstraße in Kölner Straße, die Kronprinzenstraße in Einsteinstraße, die Königsbrücke in Nordbrücke und die Friedenstraße (Sudenburg) in Erzbergerstraße. Die Stadtverordnetenversammlung wird zu diesen Umbenennungen Stellung nehmen. Bekanntlich sind im Magdeburger Magistrat in der Mehrzahl Sozialisten. Konnten bei der Umbenennung da nicht auch die Kämpfer für den Sozialismus geehrt werden? Eine Karl-Liebknecht-, Rosa-Luxemburg-, Bebel- und Singer-Straße wären zum mindesten ebensoviel wert, wie die vom Magistrat angenommenen. Uns scheint es tatsächlich, als ob sich die bisherigen SPD.-Magistratsmitglieder ihrer Vorkämpfer schämten. Hoffentlich denkt die Stadtverordnetenversammlung anders.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Willi Eilbermann; für Anzeigen Fritz Kroh; Druck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e. G. m. b. H., Leipzigerstraße 14, Abtlg. Verlag Klassenkampf.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220703-19/fragment/page=0005

Leben · Wissen · Kunst

Zehn Tage, die die Welt erschütterten

Verlag Carl Hoym, Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg

6] Von John Reed

Dieser Zustand der Dinge desorganisiert das Leben der Bürger und hindert die Arbeit der Regierung und der Stadtverwaltung.

Im vollen Bewußtsein meiner Verantwortung und Pflicht gegenüber dem Vaterlande bestimme ich:

1. Jede militärische Einheit hat ihren besonderen Instruktionen gemäß in ihrem Unterbringungsgebiet die Stadtverwaltung, die Kommissare und die Miliz kräftig zu unterstützen und die Regierungsinstitutionen zu verteidigen.

2. Zusammen mit den Distriktskommandeuren und Vertretern der Stadtmiliz sind Patrouillen zu organisieren und Maßnahmen zur Verhaftung der Verbrecher und Deserteure zu treffen.

3. Alle Personen, die in den Kasernen zu bewaffneten Demonstrationen und Metzeleien auffordern, sind zu verhaften und an das Hauptquartier des Zweiten Stadtkommandanten auszuliefern.

4. Jede bewaffnete Demonstration oder Zusammenrottung ist mit der blanken Waffe im Keime zu ersticken.

5. Den Kommissaren ist alle erdenkliche Hilfe zum Zwecke der Verhinderung unbefugter Haussuchungen und Verhaftungen zu leisten.

6. Dem Stab des Petrograder Militärdistrikts ist über alle sich im Distrikt abspielenden Vorkommnisse Bericht zu erstatten.

An alle Armeekomitees und Organisationen richte ich die Aufforderung, die Kommandeure bei der Ausführung der ihnen aufgetragenen Aufgaben zu unterstützen."

Im Rate der Republik gab Kerenski die Erklärung ab, daß die Regierung die bolschewistischen Vorbereitungen mit Aufmerksamkeit verfolge, daß sie aber stark genug sei, um keinerlei Demonstrationen fürchten zu müssen. Er klagte „Nowaja Rus" und „Rabotschi Putj" an, die gleiche Wühlarbeit zu leisten. „Sie sind", sagte er, „nur die zwei Seiten derselben Propaganda, deren Endzweck die von den reaktionären Mächten so heiß ersehnte Gegenrevolution ist. „Aber", fügte er hinzu, „die Regierung ist durch die bestehende Freiheit der Presse gehindert, gegen die gedruckten Lügen ihrer Feinde vorzugehen."*)

Am 2. November waren erst fünfzehn Kongreßdelegierte in Moskau angekommen. Am nächsten Tage waren es hundert und am übernächsten hundertfünfundsiebzig, davon hundertunddrei Bolschewiki. Vierhundert Delegierte mußten mindestens zusammenkommen, und bis zum Eröffnungstermin waren es nur noch vier Tage.

Ich habe den größten Teil dieser Zeit in Smolny zugebracht. Dort hineinzugelangen war nicht mehr leicht. Die Außeneingänge waren von doppelten Postenketten bewacht, und auch, wenn man das Hauptportal hinter sich hatte, war man noch nicht drinnen, sondern mußte sich einer langen Reihe schon wartender Leute anschließen, die, immer vier und vier, eingelassen wurden, nachdem sie einem peinlichen genauen Verhör über ihre Identität und Geschäfte unterzogen worden waren. Pässe wurden ausgestellt und das Passsystem alle paar Stunden geändert, um den zahllosen Spionen das Durchschlüpfen unmöglich zu machen.

Hier ein von dem Revolutionären Militärkomitee ausgestellter Paß, der mir das Recht zu jederzeitigem Eintritt gab:

Revolutionäres Militärkomitee
beim
Petrograder Sowjet der A. u. S.D.

Büro d. Kommandeurs, 16. Nov. 17
Nr. 955
Smolny-Institut

Passierschein

Dieser Passierschein ermächtigt seinen Inhaber, den Korrespondenten der Sozialistischen Presse in Amerika, John Reed, zum freien Eintritt in das Smolny-Institut und ist gültig bis zum 1. Dezember.

Der Kommandant:
gez. F. Dserzhinski.

Stempel: Exekutivkomitee der Petrograder Arbeiter- u. Soldatendeputierten. Rev. Militärkomitee

Eines Tages kam ich gerade dazu, als Trotzki und seine Frau von einem Soldaten angehalten wurden. Trotzki suchte in allen seinen Taschen, fand aber seinen Paß nicht. „Macht nichts", sagte er endlich, „Sie kennen mich ja. Mein Name ist Trotzki."

„Wenn Sie keinen Paß haben, kommen Sie nicht hinein", versetzte hartnäckig der Soldat. „Namen bedeuten mir gar nichts."

„Aber ich bin der Präsident des Petrograder Sowjets."

„Wenn Sie eine so wichtige Persönlichkeit sind, dann müssen Sie doch auch irgendein Papier bei sich haben."

Trotzki verlor die Ruhe nicht. „Lassen Sie mich den Kommandanten sehen", sagte er. Der Soldat widerstrebte, brummend, daß es nicht angehe, um jeden beliebigen den Kommandanten zu behelligen. Schließlich rief er den das Wachtkommando habenden Soldaten herbei. Dem setzte Trotzki seinen Fall auseinander, dabei wiederholend, daß er Trotzki sei.

„Trotzki?" Der Soldat tratzte sich den Kopf. „Ich glaube, den Namen schon mal irgendwo gehört zu haben", meinte er endlich. „Ich denke, es wird seine Richtigkeit haben, Sie können hineingehen, Genosse."

Im Korridor traf ich Karachan vom Bolschewistischen Zentralkomitee, der mir in einigen Strichen die zu bildende neue Regierung charakterisierte:

„Eine lockere Organisation, die in vollem Einklang mit dem Willen des Volkes handelt, wie er in den Sowjets seinen Ausdruck findet, und den lokalen Gewalten volle Aktionsfreiheit läßt. Zurzeit sind die lokalen Gewalten in der Betätigung ihres demokratischen Willens durch die Provisorische Regierung genau so behindert, wie früher durch die Zarenregierung. Die Initiative der neuen Gesellschaft muß von unten kommen. Die Form der Regierung wird der Verfassung der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei entsprechen. Das neue Zentralexekutivkomitee der Sowjets wird das Parlament sein und häufig zusammentretenden Allrussischen Sowjetkongressen Rechnung zu legen haben. An der Spitze der verschiedenen Ministerien werden nicht, wie bisher, einzelne Minister, sondern Kollegien stehen. Die Ministerien sollen den Sowjets direkt verantwortlich sein."

Am 30. Oktober hatte ich eine Unterredung mit Trotzki. Wir trafen uns in einem im Dachgeschoß des Smolny gelegenen kleinen, völlig kahlen Zimmer, in dem sich nur ein einfacher Tisch und ein paar Stühle befanden. Ich stellte einige wenige Fragen, und Trotzki sprach schnell und ununterbrochen länger als eine Stunde. Den wesentlichen Inhalt dessen, was er sagte, führe ich hier mit seinen eigenen Worten an:

„Die Provisorische Regierung ist absolut machtlos. Es herrscht die Bourgeoisie; nur wird diese Herrschaft von einer fiktiven Koalition mit den „Oborontsi"-Parteien verdeckt. Jetzt, während der Revolution, häufen sich die Aufstände der Bauern, die des Wartens auf das ihnen versprochene Land müde sind, und auch bei den übrigen werktätigen Klassen des ganzen Landes zeigt sich die gleiche tiefe Unzufriedenheit. Die Bourgeoisie kann ihre Herrschaft nur mittels des Bürgerkrieges aufrechterhalten. Die Kornilow-Methode ist die einzige, deren sie sich bedienen kann. Aber ihr geht die Kraft aus. Die Armee ist mit uns. Die Kompromißler und Pazifisten, Sozialrevolutionäre und Menschewiki, haben allen Kredit bei den Volksmassen verloren; denn der Kampf zwischen Bauern und Grundherren, Arbeitern und Kapitalisten, Soldaten und Offizieren ist heute schärfer und unversöhnlicher denn je. Nur die vereinte Aktion der Volksmassen, der Sieg der proletarischen Diktatur, kann die Revolution vollenden und das Volk retten.

Die Sowjets sind die denkbar vollkommenste Vertretung des Volkes, vollkommen in ihrer revolutionären Erfahrung, wie in ihren Ideen und Zielen. Direkt basiert auf der Armee in den Schützengräben, den Arbeitern in den Fabriken, den Bauern auf ihren Feldern, sind sie das Rückgrat der Revolution.

Das Resultat des Versuchs, eine Macht ohne die Sowjets zu schaffen, hat nur absolute Machtlosigkeit zur Folge gehabt. In den Korridoren des Rates der Russischen Republik werden zurzeit die verschiedensten gegenrevolutionären Pläne ausgeheckt. Der Vorkämpfer der Gegenrevolution ist die Kadettenpartei, während die Sache des Volkes von den Sowjets vertreten wird. Zwischen diesen beiden Gruppen gibt es ernstzunehmende politische Gruppen nicht. Es ist der Endkampf. Die bürgerliche Gegenrevolution sammelt alle ihre Kräfte und wartet auf den Moment, um gegen uns loszuschlagen. Unsere Antwort wird entscheidend sein. Wir werden das im März begonnene und während der Kornilow-Affäre fortgesetzte Werk vollenden."

(Fortsetzung folgt.)

*) Das entsprach nicht ganz den Tatsachen. Die Provisorische Regierung hatte schon vorher, im Juli, die bolschewistischen Zeitungen [illegible] auch jetzt wieder

Der Zug der Häuser

Die letzten Häuser recken sich gram empor,
In Massen geschart und in einzelne Gruppen,
Elende Hütten laufen davor,
Zerlumpte Kinder vor Heerestruppen.
Hinter den steinernen Zinnen aber beginnen
Die Felder, die Weiden,
Die sich endlos in die graue Ebene breiten.
Hohläugig glotzen die Häuser herüber,
Mit scheelem Blicke versengen sie Strauch und Baum:

„Geht Raum! Geht Raum
Unserm Schritt!
Wir wälzen den plumpen steinernen Leib darüber,
Die Dörfer, die Felder, die Wälder, wir nehmen sie mit!
Mit unserem rauchenden Atem verbrennen
Wir jede Blüte und reifende Frucht.
Die Saaten, die nicht mehr grünen können,
Ersticken in Qualm wir. Vor unserer Wucht
Zersplittern die Bäume, in rasender Schnelle
Sind alle Menschen im Land auf der Flucht
Vor unserer steinernen Welle.
Wir aber erreichen sie doch. Uns hält
Kein Strom, kein Graben. Wir morden das Feld.

„Und die Menschen, aus ihrer Qual sich zu retten,
Aus einsamen Höfen, verlassenen Auen,
Mit dem Wahnsinn gepaart, dem Hunger, dem Schmerz,
Gebeugte Männer, verzweifelte Frauen
Ziehen dahin in schwarzen Ketten,
Hinein in der Städte pochendes Herz.
Ob lebend, ob tot, wir halten sie fest
An unsere steinernen Brüsten gepreßt.
Bis unsere Stirnen die Sterne berühren,
Blutender Felder zerrissenen Grund,
Auch Ebenen, die in das Endlose führen,
Alle verschlingt unserer Mauern zermalmender Mund,
Bis wir zum Saume der Meere uns strecken,
Nie sind wir müde, nie werden wir satt,
Bis wir zum Haupte der Berge uns recken
Und die weite, keimende Erde bedecken:
Eine ewige, eine unendliche Stadt! . . ."

Armin T. Wegner.

Der Kampf um die Volksgesundheit

Der Verband „Volksgesundheit" hat folgende Petition an den Reichstag gerichtet:

Am 9. Februar 1922 ist dem Reichstag ein Entwurf zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten zugegangen. Es ist unsere Pflicht, auch zu ihm Stellung zu nehmen.

Die Geschlechtskrankheiten — Tripper, Schanker und Syphilis — haben ungeheuer zugenommen. Schon vor dem Kriege waren sie weit verbreitet; aber das durch den entsetzlichen Krieg verwilderte Geschlechtsleben hat sie ins Unheimliche gesteigert. Die Soldaten haben sie auf das Land getragen und blutjunge Burschen und Mädchen liegen heute infiziert massenhaft in den Krankenhäusern.

Das Schlimme an den Geschlechtskrankheiten besteht darin, daß sie erstens sehr ansteckungsfähig sind, leicht von einer Person auf die andere übertragen werden können, daß sie die mannigfachsten und lästigsten Krankheitserscheinungen im ganzen Körper hervorrufen und vielfach schwer heilbar sind.

Es müssen deshalb eingreifende Maßnahmen getroffen werden. Zunächst ist es notwendig, daß alle geschlechtskranken Personen festgestellt werden.

Das ist die Voraussetzung für eine erfolgreiche Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Wir haben deshalb auch nichts gegen eine zwangsweise Untersuchung der Bevölkerung einzuwenden. Der Einzelne hat sich dem Interesse der Allgemeinheit zu unterwerfen. Man fand es für ganz selbstverständlich, daß unter der Herrschaft des Militarismus sich die männliche Bevölkerung zur Aushebung zum Militär sich wiederholt einer ärztlichen Untersuchung unterwerfen mußte. Warum soll ihr nicht die gleiche Verpflichtung auferlegt werden, um die geschlechtliche Verseuchung des Volkes zu verhüten und zu beseitigen?

Zweitens ist es notwendig, daß alle geschlechtskranken Personen sich einer sachgemäßen Behandlung unterwerfen müssen. Sowohl Untersuchung als auch die Behandlung jetzt voraus, daß die behandelnden Personen mit der Erkennung und der Behandlung der Geschlechtskranken vollständig vertraut sind. Es haben sich deshalb alle Aerzte und Heilkundigen einer diesbezüglichen Prüfung zu unterziehen. Es ist ein Unfug sonderaleichen, jeder beliebigen Person die Behandlung von Geschlechtskranken zu gestatten. Damit würden alle gesetzlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten illusorisch werden.

Wir sind also im Gegensatz zum Gesetzentwurf auch für die Zulassung geprüfter Heilkundiger zur Untersuchung und Behandlung von Geschlechtskrankheiten, weil wir wissen, daß es auch Heilkundige gibt, die mit großem Erfolg Geschlechtskranke behandeln.

Wir treten dafür ein, daß die ganze Bevölkerung sich einer Untersuchung und daß ein jeder Geschlechtskranke sich einer Behandlung unterwerfen muß, aber wir fordern ganz entschieden, daß einem jeden Geschlechtskranken das Recht zugestanden werden muß, sich die Behandlungsweise zu wählen. Es gibt keine alleinseligmachende Heilmeise, und für den einen paßt diese und für den andern jene Heilmethode.

Auch jetzt die zwangsweise Behandlung voraus, daß sie unentgeltlich ist.

Soll die Untersuchung und Behandlung Geschlechtskranker von Erfolg begleitet sein, dann muß sie von beamteten Aerzten und Heilkundigen geschehen. Solange wie ein Arzt Privatpraxis treibt, wird er von den Behörden angeordnete Maßnahmen nur oberflächlich und unzulänglich befolgen. Die Säuglingsberatungen und Kinderuntersuchungen in den Schulen sind ein Beweis dafür. Nur einem beamteten Heilpersonal gegenüber hat der Staat die nötige Autorität und Gewalt, um seine Anordnungen zur Durchführung zu bringen. Die erfolgreiche Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten treibt darum mit Naturnotwendigkeit zur Sozialisierung des Heilwesens. In dieser Beziehung stellt der Gesetzentwurf nur eine bedauerliche Halbheit dar.

Zu begrüßen ist, daß alle Geschlechtskrankheiten ohne Ausnahme einer Zwangsuntersuchung und -behandlung unterworfen werden sollen. Bis jetzt mußten sich nur die Angehörigen der Krankenkassen eine Zwangsbehandlung gefallen lassen. Für sie bestand ein Ausnahmegesetz. Durch Annahme des Gesetzentwurfs wird dieser Ausnahmezustand beseitigt werden; obgleich wir nicht bestreiten wollen, daß es für die Reichen noch genug Mittel und Wege geben wird, um sich den behördlichen Maßnahmen zu entziehen.

Ganz entschieden sind wir gegen die Bestimmung des § 6 im Gesetzentwurf, daß „die Behandlung von Geschlechtskrankheiten oder Leiden der Geschlechtsorgane nur dem für das Deutsche Reich approbierten Arzt gestattet sein soll." Wohlverstanden! Den Heilkundigen soll überhaupt jede Behandlung der Geschlechtsorgane verboten sein, auch wenn es sich nicht um eine Geschlechtskrankheit handelt. Das ist unerhört. Es gibt unzählige Leiden der Geschlechtsorgane, die mit Geschlechtskrankheiten nichts zu tun haben. Strophulose, Diphtherie, Scharlach, Typhus, Kindbettfieber und andere Infektionskrankheiten, Mangel an Bewegung, übermäßiger Geschlechtsverkehr, häufige Wochenbetten, Fehlgeburten usw. rufen die mannigfachsten Erkrankungen der Geschlechtsorgane hervor, von deren Behandlung die Heilkundigen, wenn der Entwurf zum Gesetz werden sollte, vollständig ausgeschlossen werden würden. Dann greifen die Erkrankungen der Geschlechtsorgane meist auf die benachbarten Organe, auf das Beckenbauchfell, Beckenbindegewebe usw. über, zu deren Heilung die Heilkundigen mit großem Erfolg die von den Aerzten vernachlässigte Wasserbehandlung, Gymnastik und Massage angewandt haben.

Ferner müssen wir uns ganz entschieden gegen den ersten Absatz des § 10 wenden, der da lautet:

„Wer Mittel, Gegenstände oder Verfahren zur Heilung oder Linderung von Geschlechtskrankheiten öffentlich oder durch Verbreitung von Schriften, Abbildungen oder Darstellungen, wenn auch in verschleierter Weise, ankündigt oder anpreist, oder solche Mittel oder Gegenstände an einem allgemein zugänglichen Orte ausstellt, wird mit Gefängnis oder bis zu einhunderttausend Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft."

Mit diesem Paragraphen ist man imstande, die ganze gesundheitliche und heilkundliche Aufklärung zu erdrosseln, die große Laienverbände seit über ein halbes Jahrhundert mit großem Erfolge zum Segen der Bevölkerung betrieben haben. Dieser Paragraph muß unbedingt eine andere Fassung erlangen.

Das ist das, was wir im Einzelnen zu diesem Gesetzentwurf zu sagen haben. Im großen und ganzen halten wir aber den Gesetzentwurf für ganz unzulänglich, die Geschlechtskrankheiten auszurotten, weil er nicht die Grundursachen der Geschlechtskrankheiten berührt.

Die Geschlechtskrankheiten wurzeln hauptsächlich in der Prostitution, in der Preisgabe der Frau für Geld. Und diese wird wieder vorzugsweise aus zwei Quellen genährt: Aus der wirtschaftlichen Not vieler Mädchen und Frauen, die sie zwingt, ihren Körper für Geld preisgegeben und aus dem Verlangen vieler Männer nach käuflichen Mädchen und Frauen.

Die Prostitution ist eine Begleiterscheinung des Privateigentums.

Unter der Herrschaft des urwüchsigen Kommunismus hatte keine Frau notwendig, sich um materiellen Vorteils willen preiszugeben, und jeder Mann konnte heiraten, wenn er das dazu nötige Alter erreicht hatte. Die Allgemeinheit sorgte für Frauen und Kinder, die Not der Einzelnen kannte man nicht.

Anders wurde es mit dem Entstehen des Privateigentums. Mit ihm entwickelte sich Reichtum und Armut. Solange allerdings die bäuerliche und handwerksmäßige Produktionsweise herrschten, waren besonderer Reichtum und besondere Armut nur Ausnahmeerscheinungen. Nur ganz dumme, faule und liederliche Individuen verfielen in Armut. Darum gab es zu jener Zeit nur einzelne Frauen, die sich für Geld preisgaben. Die Prostitution war eine Ausnahmeerscheinung. Anders wurde das mit dem Kapitalismus. Mit ihm entwickelte sich die Massenarmut und mit ihm wurde darum auch die Prostitution eine Massenerscheinung.

Wollen wir deshalb die Prostitution und mit ihr die Geschlechtskrankheiten beseitigen, dann müssen wir die Massenarmut beseitigen. Wir müssen dahin kommen, daß kein Mädchen und keine Frau mehr nötig hat, ihren Körper für Geld zu verkaufen, und daß ein jeder Mann, wenn er das heiratsfähige Alter erreicht hat, auch eine Familie ernähren kann.

Das alles aber ist nur ni einer sozialistischen Gesellschaft möglich.

Nur eine sozialistische Gesellschaftsordnung ist imstande, die Prostitution und mit ihr die Geschlechtskrankheiten auszurotten. Alles andere, was wir jetzt anwenden, sind Palliativmittel, — ist Kurpfuscherei.

Der Kommunismus ist das Ziel der Revolution

Laßt uns daran denken, daß wir die Revolution nur wollten, um die Mängel zu beseitigen, welche die Welt entstellt haben, um jeden Menschen auf den ihm gebührenden Platz zu stellen, um die Ungerechtigkeiten zu vernichten, das allgemeine Elend, das durch die abscheulichsten Einrichtungen hervorgerufen wurde. Wir haben die Revolution begonnen, um der entsetzlichen Not der Massen ein Ende zu machen und den überwältigenden Einfluß der Minderheit abzuschaffen, wir haben sie begonnen, um das Ziel der Menschheit zu erreichen, das Glück aller. Ja, das Ziel dieser Revolution ist: Wohlstand für alle, Gleichheit, Freiheit, Glück für alle.

Beinahe hatten wir schon alles erreicht. Wir müssen unsere Anstrengungen von neuem machen. Auf, Kameraden der Freiheit!

Die feierlichen Versprechungen, die euch gegeben wurden, dürfen nicht eitel gewesen sein. Was mit soviel Mut und so großen Opfern erreicht wurde, darf nicht wieder preisgegeben werden.

Das Wohl aller ist die Grundlage des Staates. Jedermann hat Anspruch auf das Glück. Die Aufgabe jeder Körperschaft ist es, jedem seiner Mitglieder sein Wohlergehen dauernd zu sichern. Die bestimmten Einrichtungen, um diesen wunderbaren Zustand herzustellen, sind unendlich leicht zu treffen.

Die tyrannischen Herren der alten Ordnung haben an das Interesse des einzelnen appelliert, um — mit Hilfe verlogener Illusionen — den proletarischen Staat abscheulich erscheinen zu lassen.

Wir werden aber allen unseren Genossen beweisen, daß die Freiheit die Freiheit ist, daß der proletarische Staat keine Tyrannei ist, daß dieser Staat vielmehr zum Ziele haben muß und kann: Die Unterstützung und das Wohl aller seiner Mitglieder, die unveränderliche Glückseligkeit aller Menschen.

Aus „Der Volkstribun" von Babeuf
(hingerichtet am 27. Mai 1797).

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220703-19/fragment/page=0006